Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Mitteldeutscher Zeitungsverlag GmbH., Halle, Merkelstraße 14. Tel.: 210 48 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Merkelstraße 14

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Donnerstag, 3. Dezember 1931 | 11. Jahrgang Nr. 225

Hörsing auf dem Wege zu den Nazis

Von 1921 bis 1931!

Der Reichsbannergeneral **Hörsing**, der Provokateur mitteldeutschen Aufstandes vom Jahre 1921, hat jetzt Propagierung seines **„Arbeitsbeschaffungsprogramms"** und zur Verstärkung seiner antibolschewistischen Hetze ein eigenes Blättchen mit dem bezeichnenden Namen **„Deutscher Volkskurier"** gegründet. Hörsing Programm und Sprache ist so offen **faschistisch**, daß der **Parteiausschuß** der SPD im Hinblick auf Arbeiter genötigt fühlte, **Hörsing zu „rügen"**.

Hörsing behauptet von seinem **Arbeitsbeschaffungsprogramm**, mit dem er Arbeiter irreführen versuchen will, daß es „der einen Seite zu sozialistisch, der anderen Seite nicht sozialistisch genug ist". Hörsing will **das kapitalistische System aufrechterhalten**, vorübergehend kann er nur schwindelhafte Versprechungen **nach dem Muster der Nazis machen**. Hörsing fordert **Vernichtung des Bolschewismus** als Vorbedingung, sie einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg der westlichen Länder. Ueber die Kommunisten sagt er, sie **lügen und schänden täglich den deutschen Namen**". Das schon tausendmal im „Völkischen Beobachter" gesagt.

Seinem **„Arbeitsbeschaffungsprogramm"** Forderungen, wie das Verbot der Beschäftigung von Frauen. Das ist dem Naziarsenal entnommen, ebenso die Forderung der Arbeitsdienstpflicht und die Forderung der weitgehenden Vernichtung der Maschinen. In Punkt letztere heißt es wörtlich:

„**Notarbeitsbeschaffungsplan** durch Drosselung der Uebermaschinisierung und schärfste **Kontrolle der Rationalisierung und Betriebsstillegungen.**

Die überstürzte Rationalisierung und Uebermechanisierung ist eine Quelle aller wirtschaftlichen Not. Die Maschine, soweit sie dem Menschen nicht nur die Schwerarbeit abnimmt, sondern darüber hinaus den Kopf- und Handarbeiter ersetzt, hat **die Arbeitslosigkeit mitverschuldet** und auch den Konsumenten und Steuerzahler erschlagen, daher die Waren und damit die Lebenshaltung insgesamt nicht verbilligt, sondern verteuert."

Also nach Hörsing hat nicht das kapitalistische System die Arbeitslosigkeit verschuldet, sondern die Maschinen

Weil im kapitalistischen System die **Maschine** der Arbeiterschaft zum Fluch wird, soll nicht das kapitalistische System beseitigt werden, sondern sollen die **Maschinen verschwinden**. Das ist eine echt **faschistische** und altbekannte Betrugstheorie der kapitalistischen Klopffechter.

Hörsing fordert u. a. auch die **Einstellung der Arbeitslosenunterstützung durch Reich, Länder und Gemeinden** und Uebernahme all dieser Lasten durch die Arbeitslosenversicherung. Das bedeutet nichts anderes, als daß Hörsing einen noch **viel größeren Abbau der Unterstützung** herbeiführen will, als er jetzt schon durchgeführt wird. Nur nebenbei sei noch erwähnt, daß Hörsing im Interesse der Junker **„ausreichende Preise für alle Produkte der Landwirtschaft"** fordert, als ob die Preise heute noch nicht hoch genug wären!

Diese Kostproben mögen genügen. Die Arbeiter werden sich mit diesem „Arbeitsbeschaffungsprogramm", das dem Programm der Nazis abgelauscht zu sein scheint, nicht betrügen lassen.

Hörsing, der gegen die revolutionäre Arbeiterschaft stets die wüteste Hetze getrieben hat, der im Auftrage der Bourgeoisie und des sozialdemokratischen Parteivorstandes 1921 **die aufständischen Arbeiter in Mitteldeutschland niederschlug**, geht jetzt wie Winnig, Severing und andere zu den **Nazis**. Er geht den übrigen SPD-Führern einen Schritt voran. Aber die Arbeitermassen reihen sich in die rote Einheitsfront ein.

55 Parteiaufnahmen in drei Tagen

Soeben erhalten wir die Meldung aus Teuchern, daß bei einer systematisch durchgeführten Werbung für die Partei

an drei aufeinanderfolgenden Tagen 55 neue Kämpfer für den Kommunismus

geworben wurden. Ein Bravo unseren Teucherner Genossen und revolutionären Kampfgruß den neuen Kämpfern für Freiheit und Brot.

Welche Ortsgruppe oder Betriebszelle meldet einen ähnlichen Erfolg? Denkt immer an das Aufgebot der Hunderttausend!

Nach 4 Wochen Verbot 384 neue Leser gewonnen

Nach vierwöchigem Verbot erschien am 1. Dezember die „Volkswacht" für den Bezirk Mecklenburg, Schwerin und Strelitz wieder. Während der Verbotszeit wurden 384 neue Abonnenten gewonnen.

„Kein Mensch hungert"

Halle, 3. Dezember.

Es wird den sozialfaschistischen Bonzen allmählich etwas warm unter der Weste. Sie fühlen es jeden Tag deutlicher, wie sich der Riese Proletariat auf sich selbst besinnt und nicht länger auf die reformistischen Schalmeientöne hereinfällt. Trotz aller Störungsversuche **marschiert die rote Einheitsfront** vorwärts. In blinder Wut haben die „Linken" im **Zeitzer Gebiet** ihre Parteigenossen, die jetzt überall in überfüllten Versammlungen über ihre Rußlanddelegation berichten, **aus der SPD ausgeschlossen**. Meinungsfreiheit in der SPD? Wir brauchen nicht zu wiederholen, was tausende ehrliche sozialdemokratische Arbeiter über **dieses** Thema in den letzten Wochen und Monaten bereits gesagt und geschrieben haben.

Ganz besonders werden die sozialdemokratischen Parteibonzen wild, wenn es einer ihrer Parteigenossen wagt, **objektiv über Sowjetrußland** zu berichten. Der **„Volksbote"**, dieses „linke" Organ in Zeitz, eröffnete darum jetzt eine **wüste Hetze gegen die Sowjetunion**. In dem Augenblick, in dem die Sowjetunion alles aufbietet, um den Frieden trotz wilder Provokationen der Imperialisten im Fernen Osten zu erhalten, muß diese Hetze der Sozialfaschisten von allen Arbeitern erkannt werden als das was sie ist: **Stimmungsmache zu einem neuen imperialistischen Völkermordern!** Diese „linken" Sozialdemokraten, die manchmal in Artikeln und Versammlungen so tun, als wenn sie für die Sowjetunion Sympathien aufbrächten, stehen in diesem **kritischen** Augenblick, wo die Frage Krieg oder Frieden wieder einmal an einem seidenen Faden hängt, abermals dort, wo sie **immer** in solchen kritischen Augenblicken gestanden haben, **jenseits der Barrikade**, auf der Seite des Klassenfeindes.

Nichts ist diesen Verleumdern schäbig genug, um nicht mit Geifer vor dem Munde gegen die Sowjetunion ausgespielt zu werden. Sei es, daß man die Tatsache des sozialistischen Aufbaus gegenüberstellt dem kapitalistischen Bankrott in Deutschland, um die gemeine Verleumdung daran zu knüpfen, daß die **Kommunisten schuld seien** an der Stillegung der Fabriken in Deutschland, da sie „Industriespionage für Rußland treiben". Es gibt keine Polizeidenunziation, die diesen Burschen zu niedrig ist, um das proletarische Vaterland zu beschimpfen.

Sogar ein objektiv gehaltener Artikel des bürgerlichen Korrespondenten **Günther Stein** aus dem „Berliner Tageblatt" wird in einer so entstellten Weise in diesem Zeitzer Schwindelorgan wiedergegeben, daß der Eindruck entsteht, als wenn die Arbeiter in der Sowjetunion geradezu ein Hungerdasein führen müßten. Diese Fälschermethoden sind so unglaublich, daß eine Richtigstellung unbedingt erfolgen muß. Im „Berliner Tageblatt" wird folgendes ausgeführt:

„Es gibt drei Kategorien von durchweg haatlichen Läden, private gibt es kaum noch. Die meisten sind **Kooperativen**, Genossenschaften, in denen **Arbeiter und Angestellte** eingeschrieben sind, wo sie alles zu den **niedrigsten geltenden**

Metallarbeiterfront gegen Lohnraub

Belegschaft von Prinzler, Halle, ruft alle Metallbetriebe zu schärfstem Kampf auf

Halle, 3. Dezember.

Gestern mittag fand eine stark besuchte Belegschaftsversammlung der Firma Prinzler statt, in der die nachstehenden Resolutionen einstimmig beschlossen wurde. Die Resolution ist gleichzeitig ein Appell an die mitteldeutschen Metallarbeiter, den Kampf aufzunehmen und hat folgenden Wortlaut:

„Die Belegschaft Prinzler **protestiert auf das** Schärfste gegen den geplanten 7prozentigen Lohnraub. Betriebsrat und Belegschaft stellen fest, daß der Lohn schon auf **unerträgliche** durch Kurzarbeit und Akkordreduzierung abgebaut ist. Die Belegschaft **appelliert an alle Betriebe der Metallindustrie, sich gegen jeden** weiteren Lohnabbau zu wehren. Es geht um die Errungenschaften, es gilt, dieselben zu erhalten und darum kämpfen."

Erwerbslose für den Metallarbeiterkampf

Halle, 3. Dezember.

Einer gestern stattgefundenen großen Erwerbslosenversammlung in Halle wurde in einer Resolution zum Lohnraub der mitteldeutschen **Metallindustrie** Stellung genommen. In dieser Resolution wird der Auffassung, die die Bürokratie verbreitet, aufs **schärfste entgegengetreten**, als ob die **Erwerbslosen den Streikenden** in den Rücken fallen würden. Es heißt in der Resolution wörtlich:

„Die Erwerbslosen **weisen mit Entrüstung diese Schmutzmethoden der Verbandsbürokratie** eines Teiles der brandleristischen, christlichen und sonstigen Gelben Betriebsräten zurück. Sie sprechen den vom Lohnraub bedrohten Metallarbeitern **ihre vollste Sympathie und Solidarität zur Organisierung und erfolgreichen Führung des Kampfes** gegen den Lohnraub aus. Die Erwerbslosen **werden nicht als Streikbrecher gegenüber kämpfenden Arbeitern auftreten**, sondern die einheitliche **Kampffront** zwischen Betrieb und Stempelstelle gegen Lohn- und Unterstützungsraub für Arbeit und Brot herstellen. Metallarbeiter! Kämpft mit uns für eure und unsere Forderungen. Heraus zum Kampftag der Erwerbslosen am 15. Dezember!"

Einheitsfront gegen den Faschismus

In einer stark besuchten Erwerbslosenversammlung in Leitzkau (Saalkreis) wurde ebenfalls **Stellung zum Lohnabbau in der Metallindustrie** genommen und den Metallarbeitern **stärkste Unterstützung bei einem Streik** zugesichert. Es wurden mehrere **Aufnahmen für die Kommunistische Partei** und über 40 **Aufnahmen für den Kampfbund** gegen den Faschismus gemacht.

Metallarbeiter, so ist es richtig

(Eig. Drahtm. **Berlin**, 3. Dezember.

Am Mittwoch um 12 Uhr traten 50 Kollegen der Abteilung Preßluft bei den Mileschwerken, Weißensee, in den Streik, nachdem die Direktion es abgelehnt hatte, ihre rigorosen Maßnahmen zurückzunehmen. Die Firma wollte drei Arbeitern je 12,50 Mark abziehen, weil sie angeblich Ausschuß gemacht haben, der durch fahrlässige Arbeit entstanden sein soll.

Heute, Donnerstag, wird die Verhandlungskommission, die von den Streikenden gewählt wurde, auf der Grundlage verhandeln, daß die Firma ihre rigorose Maßnahme zurücknimmt. Sollte die Direktion ablehnen, geht der Streik geschlossen weiter.

*

In der Maschinenfabrik Karbeck erklärte die Direktion einen Lohnabbau. Der rote Arbeiterrat berief sofort eine Versammlung ein, wo beschlossen wurde, keinen Pfennig Lohnabbau zu dulden. Die Direktion zog darauf den Lohnabbau zurück.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311203-10/fragment/page=0001

Staatspreisen bekommen, von den Lebensmitteln bis zur Kleidung und den Haushaltungsartikeln.

Die Genossenschaftsläden versorgen den allergrößten Teil der Bevölkerung — die ganze Bevölkerung —, an der den Sowjets gelegen ist, mit Ausnahme also der deklassierten, d. h. der Priester, der mittleren und reichen Bauern. Dort in diesen Läden, in denen nur beschränkte, aber im allgemeinen ausreichende Mengen gekauft werden können, kosten zur Zeit:

1 Kilogramm Roggenbrot		7½ Kop.
1 „ Weizenbrot		15 „
1 „ Kartoffeln		7 „
1 „ Reis		38½ „
1 „ Rindfleisch		100 „
10 frische Eier		95 „
1 Liter Volkmilch		30 „
1 Kilogramm Schmelzbutter	3 Rbl.	30 „
1 „ Tafelbutter	4 „	10 „
1 Paar Frauenschuhe	10 „	45 „
1 „ Frauenstrümpfe		81 „

Die Miete für den Normalwohnraum von 11 Quadratmeter pro Person beträgt im Monat nur etwa 4 bis 6 Rubel. Oft weniger, sie darf nie mehr als 10 Prozent des Gesamteinkommens ausmachen. Fast jede Frau arbeitet. Ein Einkommen braucht im allgemeinen kaum viel mehr als eine volle Person ernähren, um so mehr, als der Unterhalt von Kindern durch den Staat sehr verbilligt wird (tägliche Mittagspeisung in der Schule, sehr gutes Essen, kostet monatlich 4 Rubel 40 Kopeken für kleine, 6 Rubel für große Kinder). Schließlich können die Arbeiter fast aller Betriebe gutes Mittagessen für 35 bis 55 Pfennige bekommen. Versicherungsprämien zum. zahlt der Arbeitgeber, also der Staat.

Ein sehr objektiver ausländischer Beobachter, der dauernd in Moskau wohnt, sagte mir, es gibt heute wohl in Rußland keinen Menschen mehr, der hungert. Das Straßenbild in Moskau und Leningrad gibt ihm recht."

Das ist der Wortlaut des wichtigsten Teiles des Berichtes des Blattes. Damit ist die gemeine Hetze des „Volksboten" erneut entlarvt. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden begreifen, in welcher Front die Bergholz und Franken stehen, wenn sie, genau wie der „Völkische Beobachter" hetzen: „In Rußland herrscht der brutale Terror einer bürokratischen Clique, die wichtige Lebensmittel der hungernden Bevölkerung entzieht und für lächerliche Preise ins Ausland verschiebt.

Es fehlt jetzt nur noch die „Beweisführung", daß von dieser „Clique der rote Imperialismus und Kriegshetze" betrieben wird. Dann ist die Kette der sozialfaschistischen Lügen wieder geschlossen. Das Verleumderpack von den National- bis zu den Sozialfaschisten will die Friedensliebe der Sowjets vertuschen.

Sozialdemokratische Arbeiter begreift, daß eure Führer in der Front der imperialistischen Räuber stehen. Wenn die schamlosen Provokationen der Imperialisten gegen die Sowjetunion nicht gegen diese, sondern gegen einen anderen imperialistischen Staat erfolgt wären, wäre der Krieg heute schon da. Daß er noch nicht da ist, zeigt den himmelweiten Unterschied zwischen proletarischer und imperialistischer Politik, zeigt wiedereinmal das Märchen vom roten Imperialismus.

Sozialdemokratische Arbeiter, ihr dürft es nicht länger dulden, daß eure Zeitungen, eure Führer diese Hetze gegen den einzigen Hort des Friedens in der Welt, gegen die Sowjetunion fortsetzen. Schluß damit und her zur roten Einheitsfront aller Werktätigen zum Schutz der Sowjetunion und zum Kampf gegen Faschismus und Lohnraub.

Zweifacher Arbeitermörder enthaftet

(Eig. Bericht.) Rostock, 1. Dezember.

Der nationalsozialistische Maschineningenieur Gädecke hatte heute vor einem Monat die beiden kommunistischen Arbeiter Blohm und Klöcking, auf die Gädecke mit seiner faschistischen Mordbande beim Plakatkleben gestoßen war, auf eine Entfernung von wenigen Metern erschossen. Das Oberlandesgericht hat nunmehr beschlossen, Gädecke zu enthaften. Er befindet sich bereits auf freiem Fuß.

Denn Mord ist, wenn er an Arbeitern begangen wird, im Deutschland des Jahres 1931 noch lange kein Hastgrund. Blutkunde in Freiheit! Zähne zusammengebissen, Genossen! Und kräftiger noch als bisher an der Einheitsfront geschmiedet! Dann wird das Proletariat der Faschisten Herr, und wenn auch alle Kapitalisten hinter ihnen stehen.

SPD-Arbeiter zur Bergarbeiterkonferenz delegiert

(Eig. Ber.) Merseburg, 2. Dezember.

In einer überfüllten Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus in Mücheln wurde zur drohenden Gefahr des Faschismus durch den ehemaligen Gauführer der NSDAP, Kees, Stellung genommen.

In der Diskussion schilderte dann ein Kamerad die Gefahren des Werkfaschismus in Verbindung mit dem Abbau der Löhne.

Die Versammlung nahm folgende Entschließung an und delegierte einen sozialdemokratischen und einen Kameraden des BAB zur Bergbauindustriearbeiter-Konferenz am 13. Dezember nach Halle.

Die Resolution lautet:

„Die heutige überfüllte Massenversammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus erkennt die drohende Gefahr des Faschismus, der mit Hilfe der Werksgemeinschaften auch in den Gruben überhand nimmt. Die Werksgemeinschaftler und Faschisten treten offen für den Lohnabbau ein, helfen mit, die Werktätigen auszurüstern. Eine Einheitsfront muß deshalb gebildet werden. Wir begrüßen deshalb die Bergbauindustriearbeiter-Konferenz, die mit dazu beitragen wird, den Faschismus zu beseitigen, und entsenden 2 Delegierte."

Diktator Hugenberg

(Eig. Drahtm.) Berlin, 2. Dezember.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hielt gestern eine Sitzung ab. Es wurde beschlossen, in die Satzungen der Partei einen Artikel einzufügen, nach dem dem Parteivorsitzenden, also Hugenberg, diktatorische Vollmacht erteilt wird.

Im Monat November wurden 1215 neue Konkurse und 935 Vergleichsverfahren eröffnet. In diesen Zahlen sind die mangels Masse abgelehnten Anträge auf Konkurseröffnung nicht enthalten.

Steuermillionen für bankrotte Banke

Zusammenschluß der Dresdner-, Danat-, Commerz- und Privatbank in Vorbereitung

Jakob Goldschmidt

(Eig. Ber.) Berlin, 2. 12.

Ein neues riesiger Subventionsskandal ist in Vorbereitung, der in seinen Ausmaßen alles bisher Dagewesene wohl übertreffen wird. Unter Führung der Commerz- und Privatbank soll diese Bank mit der bankrotten Dresdner und Danatbank zu einer einheitlichen Großbank zusammengeschlossen werden.

Die Kosten für die Schaffung einer neuen deutschen Mammutbank sollen vom Reich, d. h. von den Steuerzahlern getragen werden. Der neuen Großbank soll ein Kredit von mehreren hundert Millionen gegeben werden, der nur langsam im Laufe der Jahre zurückgezahlt wird. Ob eine Rückzahlung überhaupt erfolgen kann, steht noch dahin. Die Pläne sind soweit gediehen, daß man in Börsenkreisen bereits in den nächsten Tagen mit dem offiziellen Zusammenschluß rechnet.

Mit dem Zusammenschluß der drei Banken wird natürlich eine ausgedehnte Rationalisierung erfolgen. Die Filialen der Banken sollen in allen Städten zusammengelegt werden, so daß mehrere tausend Bankangestellte auf die Straße fliegen.

Die Hintergründe dieses Zusammenschlusses liegen in der weiteren Zuspitzung der deutschen Finanz- Obwohl die Dresdner und Danatbank vor einigen Monaten 500 Millionen Steuersubventionen erhielten, ist der Zusammenbruch der Banken heute wieder bevorstehend, daß sie nur durch einen Zusammenschluß gerettet werden können. Für die hungernden Massen kein Geld da. Aber für die Sanierung der bankrotten Finanzkönige fließen ungezählte Millionen. Wie lange noch?

Verhinderte Zwangsversteigerungen

In einer in Baunheim (Baden) bei einem Bauern angesetzten Zwangsversteigerung erschien eine große Zahl von Kleinbauern und Bauern, um gegen die Versteigerung zu protestieren. Niemand wagte ein Gebot abzugeben, so daß die Versteigerung vertagt werden mußte.

In Marlen (Baden) wurde ebenfalls die Versteigerung des Grundstücks eines Kleinbauern versucht, auch hier erschien eine große Anzahl revolutionärer Arbeiter und Bauern, die durch ihr wirksamen Protest die Durchführung der Zwangsversteigerung unmöglich machten.

So wie die Solidarität der Arbeiter verhindert, daß Bauern von Haus und Hof verjagt werden, so entwickelt sich auch die Rückkehr die

Hilfe der werktätigen Bauern für streikende Arbeiter

In Hürth (Mittelrhein) übergab ein werktätiger Bauer 30 kg den Ertrag eines ganzen Morgens Wirsingkohl, außerdem wurden von anderen Kleinbauern in Hürth insgesamt 8 Zentner Kartoffeln, 4 Zentner Möhren, 3 Zentner Gemüse und ein Geldbetrag von 6.20 Mark für streikende Arbeiter überreicht.

Das Bündnis der Arbeiter und Bauern im täglichen Kampf marschiert.

10 Proz. Gehaltsraub an den Beamte

Der Schwindel der Preissenkung — Kartelle sollen Preissenkung beim Wirtschaftsminister anmelden

(Eig. Drahtm.) Berlin, 3. Dezember.

Das „Berliner Tageblatt" teilt mit, daß nach den neuen Beschlüssen der Reichsregierung der 10prozentige Gehaltsabbau für die Beamten am 15. Januar 1932 in Kraft treten soll. Am gleichen Tage sollen die neuen Bestimmungen zur „Lockerung" des Tarifrechtes in Kraft gesetzt werden. Selbstverständlich geht unabhängig davon der Lohnraub in den Betrieben vor sich — soweit die Arbeiter es dulden und sich nicht dagegen zur Wehr setzen.

Diese „Verschiebung" ist nur ein neues Manöver, um die verschärften Lohnabbau „schmackhaft" zu machen. Jetzt wird zuerst die Preise daran glauben und in vier Wochen die Löhne. Was aber zur „Preissenkung" vorgeschlagen wurde ist lächerlich, daß es nur wie ein Hohn auf die werktätigen Massen wirkt kann.

Nach den Mitteilungen bürgerlicher Zeitungen soll folgendes verordnet werden, daß die Kartelle ihre Preissenkungen beim Wirtschaftsminister anmelden. Wie weit die Preissenkung gehen soll wird nicht verordnet.

Auch die groß angekündigte Senkung der Mieten wird nur einem Bruchteil Tatsache. Alle Altbaumieten bleiben beim nur die Neubaumieten sollen in ganz beschränktem Umfang abgesetzt werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verhandelte gestern mit Brüning über die Bestimmungen der neuen Notverordnung. Nach der Erklärung des Parteiausschusses wird die SPD diese Notverordnung Brünings „tolerieren". Daß die hungernden Massen das nicht tun werden, davon sind wir fest überzeugt.

Notendeckung 25,3 Prozent

Nach dem neuen Ausweis der Reichsbank hat sich der Umlauf der Noten um 363 Millionen Mark auf 4640,6 Millionen Mark erhöht. Dagegen haben die Gold- und Devisenbestände um 900 000 Mark abgenommen. Die Notendeckung beträgt daher nur noch 25,3 Prozent. Das ist bisher die niedrigste Notendeckung seit dem Inflationsjahr 1923.

Severing: „Du sollst den Feiertag ...

Proletarische Veranstaltungen in Preußen Sonntags verboten — Schlag Severings gegen die rote Einheitsfront

Der Amtliche Preußische Pressedienst veröffentlicht eine neue Polizeiverordnung, die den „äußeren Schutz der Sonn- und Feiertage", also der sogenannten „Heiligung des Feiertages" dienen soll. So werden alle öffentlichen Versammlungen, Demonstrationen, sportliche und turnerische Veranstaltungen und überhaupt alle nicht der Kunst, Wissenschaft oder Volksbildung dienende öffentliche Veranstaltungen, auch solche in einem geschlossenen Raum, verboten. Am Karfreitag sind überhaupt alle öffentlichen Veranstaltungen verboten, wenn sie nicht religiöser Art sind. Theater- und Musikaufführungen, Lichtbild-Vorführungen, Rundfunkdarbietungen dürfen an diesem Tage überhaupt nur religiöser Erbauung dienen. Desgleichen sollen am Buß- und Bettag, am Totensonntag und am Weihnachtsheiligenabend grundsätzlich alle öffentlichen Veranstaltungen verboten werden.

Diese Verordnung ist ein neuer Schlag gegen das Proletariat. Im Interesse der Kirche wird der Arbeiterschaft die Möglichkeit genommen, an Sonntagen in öffentlichen Veranstaltungen zusammenzukommen. Dieser Schlag richtet sich gegen die rote Einheitsfront und die SPD-Arbeiter müssen daraus die Konsequenzen ziehen. Bruch mit der SPD-Führerschaft. Nun erst recht hinein in die rote Einheitsfront!

Hörsings Faschistenorgan vom Zentrum holziönig finanziert

Wie die „Rote Fahne" zu der neuen Zeitungsgründung Hörsings mitteilt, wird diese Zeitung, die bekanntlich allenderweise einen ungeheuren Inseratenteil hat, von einer Anzahl namhafter Kapitalisten finanziert, darunter von dem bekannten Zündholzkönig Ivar Kreuger.

Das Programm der Volksgemeinschaft der faschistischen Methoden der „Krisenüberwindung", wie es Hörsing entwickelt, dient einzig und ausschließlich den Interessen der Kapitalisten. Warum also sollen die Kapitalisten das Hörsing-Blatt nicht finanzieren?

Neuer Lohnraub im Ruhrbergbau

Notverordnung diktiert 3,25 Prozent Lohnabbau

(Eig. Drahtm.) Essen, 3. Dezember.

Trotz der Verlängerung des Lohntarifes bis 31. Dezember 1931, tritt schon ab 1. Dezember 1931 ein Lohnabbau ein von 3¼ Prozent. Das kommt daher, weil der am 1. Oktober 1931 in Höhe von 7 Prozent ausgesprochene Lohnabbau durch eine Notverordnung auf 3¾ Prozent ermäßigt wurde.

Die Notverordnung sieht vor, daß die Beträge an die Arbeitslosenversicherung in Höhe von 3¾ Prozent die Unternehmer nicht bezahlen brauchen. Diese Notverordnung ist am 1. Dezember abgelaufen und wurde nicht verlängert, so daß auch die 3¾ Prozent Beitragsleistung für die Arbeitslosen wieder von den Arbeitern getragen werden müssen, was einem Lohnabbau von 3¾ Prozent gleichkommt.

Die Bergarbeiterschaft des Ruhrgebietes ist in äußerster Erregung. Auf vielen Schachtanlagen finden bereits Versammlungen statt, wo die Bereitschaft zum Ausdruck kam, den zentigen Lohnabbau durch Streik zu beantworten.

Da der Abbau der Preise nicht von alleine kommt, fordert Reichsregierung beschließen, einen „Reichskommissar für Preissenkung" zu ernennen. Na, wenns nun nichts wird...

Die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung" gibt die Parole aus, alle Mitglieder der SAP sich beim roten Volksbegehren in Sachsen eintragen sollen. Diese Parole wurde durch die einheitliche Stellungnahme der SAP-Arbeiter erzwungen.

Erbitterte Kämpfe an der Muldener Eisenbahn

(Inprekorr.) Peiping, 1. Dezember.

An der gesamten Strecke der Eisenbahn zwischen Peiping und Mukden finden gegenwärtig erbitterte Kämpfe zwischen den Japanern und Chinesen statt, bei denen auch schwere Artillerie mit Bombenflugzeugen zur Verwendung kommen. Auch bei Petschipao finden Gefechte zwischen den japanischen und den chinesischen Truppen statt. Sechs Eisenbahnzüge japanischer Infanterie und Kavallerie sind aus Mukden in der Richtung Tsinschau abgegangen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311203-10/fragment/page=0002

Hitler-Brüning-Koalition von Frankreichs Gnaden

London, 2. Dezember. „Daily Telegraph" bringt die Meldung, daß Frankreich sich mit einer Koalitionsregierung Hitler-Brüning einverstanden erklärt hat und mit dieser Regierungskombination in nächster Zeit rechnet. Natürlich erwartet, daß auch der Vatikan sich mit der Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Nationalsozialisten einverstanden erklärt, wenn die Nationalsozialisten dem Papst zufriedenstellende Erklärungen über ihre Haltung abgeben werden. Alsdann soll Brüning in dieser Koalition den Posten des Außenministers übernehmen.

Der französische Botschafter in Berlin, Francois Poncet, habe den Auftrag, die „Vorurteile" Frankreichs gegen die Nationalsozialisten und die „Vorurteile" der Nazis gegen Frankreich zu beseitigen.

Das ist der „nationale" Hitler!

Nazis sprengen Südtirol-Versammlung

Wien, 1. Dezember. In Innsbruck fand gestern eine Versammlung statt, in der ein österreichischer Nationalrat vor Halbe zum Thema: „Das zerrissene Tirol" sprechen sollte.

Diese Versammlung, in der ein Bürgerlicher die nationale Behandlung der deutschen südtiroler Bevölkerung durch das italienische Faschistenregime schildern wollte, wurde durch Radauszenen der Nazis unmöglich gemacht. Als der Referent seinen Bedauern darüber Ausdruck gab, daß es einem Deutschen nicht möglich sei, in Tirol über das zerrissene Tirol und die Leiden seiner Volksgenossen zu sprechen, steigerten die Nazis ihren Lärm zu wüstem Tumult. Es kam zu Prügelszenen.

Das ist die „nationale" Politik der Nazis, zu verhindern, daß über die Leiden deutscher Volksgenossen unter der Knute des italienischen Imperialismus überhaupt gesprochen wird!

Polizeiprovokationen in Freiwaldau

Prag, 1. Dezember. Nach der Beerdigung der Opfer des Freiwaldauer Blutbades dauert die Gendarmerieaktion fort. Starke Gendarmeriepatrouillen durchziehen die Orte. Der Sekretär der Steinarbeitergewerkschaft wird von der Gendarmerie gesucht. Die Gendarmen dringen sogar in die Hospitäler ein und versuchen, die Verwundeten zu verhören.

Die Steinarbeiter des Freiwaldauer Gebietes sind entschlossen, falls die Provokationen nicht aufhören, abermals in den Streik zu treten.

Die Protestbewegung breiter Volksmassen gegen das Blutbad in Freiwaldau geht mit unverminderter Stärke weiter.

Macdonalds Knute über Bengalen

Kalkutta, 2. Dezember. Auf Grund der neuen Ausnahmeverordnungen wurden im Bezirk von Midnapur strenge Maßnahmen getroffen. Den Eingeborenen wurde Gehorsam gegenüber allen militärischen Befehlen (!) auferlegt und ihnen das Betreten der Straßen bei Nacht verboten.

Gandhi soll beschlossen haben, am 5. Dezember aus London abzureisen, nachdem die Indienkonferenz trotz seiner Kapitulationsbereitschaft endgültig gescheitert ist.

Hungerdemonstration gegen Luxushotel

Wien, 2. Dezember. Eine Gruppe von Arbeitslosen warfen unter dem Ruf: „Wir haben Hunger!" mit Steinen die Fenster und Spiegelscheiben des Speisesaales des Hotels „Imperial" an der Ringstraße ein. Unter den Gästen des Hotels, die zu dieser Zeit eben ihr reichhaltiges Frühstück einnahmen, entstand eine Panik. Die Arbeitslosen, die die Steine geworfen hatten, konnten, bevor die Polizei ihre Verfolgung sofort aufnahm, flüchten.

Indienkonferenz ergebnislos abgebrochen

Gandhi zur Kapitulation bereit — Macdonald verhöhnt den indischen Freiheitskampf

London, 2. Dezember. Die englisch-indische „Konferenz am Runden Tische" wurde gestern ergebnislos abgebrochen. In der Schlußsitzung verlas Macdonald eine Botschaft des Königs, in der den Teilnehmern für ihre Ergebenheitserklärung gedankt und ihnen eine „glückliche Heimfahrt" gewünscht wird. Weiter wird darin gesagt, Indien solle sich durch die Schwierigkeiten nicht entmutigen lassen, sondern weiter mit Geduld auf dem Wege der Zusammenarbeit fortschreiten.

Anschließend gab Macdonald im Namen der Regierung eine Erklärung ab, in der er den Teilnehmern verschierte, die englische Regierung sei nach wie vor, vorbehaltlich „gewisser Einschränkungen", für den allmählichen Uebergang Indiens zur „Selbstverantwortlichkeit". Dieses Ziel lasse sich aber nur schrittweise verwirklichen. Voraussetzung sei eine volle Verständigung der verschiedenen indischen Stämme untereinander und mit dem „Mutterland". Solange diese Verständigung nicht erreicht sei, könne kein Fortschritt erzielt werden.

Darum solle ein kleiner „Arbeitsausschuß" eingerichtet werden mit der Aufgabe, die Arbeit der Konferenz in Indien fortzusetzen und an der Befriedigung Indiens mitzuwirken.

In der gestrigen Nachtsitzung der Konferenz hielt Gandhi eine Rede, in der er noch einmal seine Kapitulationsbereitschaft unterstrich. Er wandte sich mit den schärfsten Ausfällen gegen die radikalen Kongreßmitglieder und gegen die indischen „Terroristen", die mit gewaltsamen Mitteln die Freiheit ihres Landes erkämpfen wollen. Er selbst und alle „einsichtigen" Leute in Indien seien zu jedem Kompromiß bereit. Der indische Kongreß sei auch bereit, die englischen Vorbehalte anzunehmen. Es hänge nur vom gegenseitigen guten Willen ab, eine Einigung herbeizuführen.

Tschangkaischek fordert den Kopf Kueggs

Rettet den Sekretär der Pacifik-Gewerkschaften durch wuchtige Protestaktionen!

Schanghai, 2. Dezember. Der im Kerker schmachtende Sekretär der roten Pacifist-Gewerkschaften, Genosse Kuegg und seine Frau, befinden sich in höchster Gefahr. Die chinesische Henkerregierung will unter allen Umständen ein Todesurteil vollstrecken.

Die breite Welle der in Nanking aus allen Teilen Europas und Amerikas eingehender Proteste gegen seine Verhaftung und das gegen ihn ausgesprochene Todesurteil veranlaßte zunächst die Henkermeister Tschangkaischeks etwas wie eine Untersuchung und ein Gericht zu inszenieren. Hierbei ist bekanntlich die völlige Unhaltbarkeit der auf Fälschungen und Provokationen beruhenden „Beschuldigung" zu Tage getreten.

Jetzt versucht die Kuomintang-Polizei die Angelegenheit Kueggs mit angeblich „geheimnisvollen Gräbern" in verschiedenen Stadtteilen Schanghais in Zusammenhang zu bringen, wo „16 Leichen beiderlei Geschlechts" entdeckt worden seien.

Diese Kampagne verweist abermals auf den ganzen Ernst der Lage der Verhafteten und der ihrem Leben drohenden Gefahr. Nur eine noch gewaltigere Protestwelle der Werktätigen aller Länder gegen die in Nanking vorbereitete bestialische Hinrichtung, vermag sie den Händen der Henker zu entreißen.

Pilsudski-Terror rast weiter

Die Protestaktion muß verstärkt werden!

Warschau, 2. Dezember. In Luck in Wolhynien wurden nach einem mehrtägigen Prozeß von 81 angeklagten Kommunisten 77 zu Gefängnisstrafen von zwei bis zehn Jahren verurteilt. Die Anklage lautete auf staatsfeindliche Agitation und hochverräterische Umtriebe.

Der in Posen wegen angeblicher Spionage zum Tode verurteilte Soldat Bruno Klamle, ein Angehöriger der deutschen Minderheit, wurde heute früh hingerichtet.

Japanisches Waffenarsenal an der Ostchinabahn

Moskau, 1. Dezember. In Charbin rüsten die japanischen Kriegstreiber zu neuen großzügigen Provokationen und zur Besetzung der Ostchinabahn. Im Zusammenhang zweifellos mit der Ankunft des japanischen Oberkommandeurs und anderer höherer Persönlichkeiten in Charbin haben die Japaner, wie eine bürgerliche chinesische Zeitung meldet, unweit vom japanischen Konsulat, auf dem Grundstück, das an die Ostchinabahn angrenzt, ein bedeutendes japanisches Waffenarsenal errichtet, in dem fünf Millionen Patronen, eine Riesenauswahl Handgranaten, Gewehre, Revolver, Gasbomben und anderes Kriegsmaterial gelagert wird.

Fast jede Nacht bringen russische Weißgardisten in das Arsenal schwere Lasten, die Kriegsmaterial enthalten. Die Zeitung meldet gleichzeitig, daß nach dem Ueberfall der japanischen Armee auf die Mandschurei eine große Anzahl japanischer „Fruchtläden" in Charbin errichtet wurden. In jedem dieser Läden befindet sich ein Telephon, was für solche kleinen Geschäfte in Charbin ein ungewöhnlicher Fall ist.

Großer Metallstreik in Spanien

Madrid, 2. Dezember. Der Streik der Metallarbeiter von Biscaya hat sich außerordentlich verschärft. 17 000 Arbeiter befinden sich jetzt im Kampf, der ausschließlich durch die Kommunistische Partei geführt wird. 33 Genossen wurden verhaftet. Die streikbrecherischen Umtriebe der reformistischen Führer wurden gebrochen.

Kurze Auslandsnachrichten

In Dublin hat die Polizei die Räume des „Irish Worker", des Organs der Arbeiter-Union, besetzt und die Zeitung verboten. In ganz Irland wurden Hunderte von Verhaftungen vorgenommen.

Mitglieder des indischen Nationalkongresses veranstalteten in London eine Versammlung, wo sie von Arbeitern niedergeschrien wurden. Als die Arbeiter verlangten, der anwesende Genosse Saklatvala solle an Stelle der Verräter am indischen Freiheitskampf sprechen, wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst.

Die Präsidentenwahl in Spanien ist von der Regierung auf den 10. Dezember festgesetzt worden.

KOLLECTIV

Die letzten Tage von...

Copyright by „Die Rote Fahne".

Fortsetzung

Das erklärte der Genosse Buchhändler den Beiden. Aber der Propagandaleiter drängte. Sie mußten weiter.

Sie stiebelten gemeinsam los. Durch einige stille Straßen Ottens. Die letzten Läden ließen ihre Jalousien herunter, bald war man angelangt. Der Saal war erst zur Hälfte gefüllt, und Fritz und Käte suchten sich einen Platz ziemlich dicht bei der Bühne und harrten der Dinge, die da kommen sollten. Ursprünglich war die Versammlung bis jetzt schlecht besucht, und ehe der Saal voll werden sollte, mußten noch allerhand Boten kommen. Und sie kamen. Fünfzehn, zwanzig Botenfrauen und immer auf einmal. Das sah ziemlich originell aus. Denn die hatten gemeinsame Treffpunkte festgelegt und rückten sektionsweise an.

„Du kommst aber spät!" schrie eine Stimme.

„Halt die Luft an!" lautete die Antwort, „ich hab erst noch Abonnenten für die „Rote Fahne" geworben!"

„Du, unser Stoßtrupp hat aber die Auflage der „Fahne" und „Roten Post" gesteigert, meine Fresse!"

Fritz fragte einen Nachbar, wer denn die muntere Gesellschaft unter Mittelstücke sei. „Das sind die Boten von Königstor, das ist Stoßtrupp 1. Und das da Stoßtrupp 3. Die sind da."

Der Saal war jetzt brechend voll. Niemandem war bekannt, was eigentlich geplant war. Der Saal wird plötzlich dunkel, und revolutionäre Musik reißt alle Anwesenden mit. Und dann gehts los:

„Und richten sie die Gewehre gegen die Sowjetunion
Dann rüsten rote Heere zum Kampf, zur Revolution!"

Bald hat sich die Melodie eingeprägt, und der Saal singt mit. In der Ansprache wurde der Zweck der Versammlung bekanntgegeben, das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Boten zu stärken, mit aller Kraft weiter für die „Rote Fahne" und die „Rote Post" und „Nachrichten", zu werben, weiter das Schwerpunkt der Werbung auf „Rote Fahne", „Rote Post" und „Nachrichten" zu legen. Die Boten sind nicht nur technischer Vertriebsapparat, sondern Stoßbrigaden und politische Funktionäre. „Unser Aufgebot der roten 100 000", führte der Redner aus, „muß auch bei unseren roten Boten den stärksten Widerhall finden. Rote Boten, hinein in die Kommunistische Partei! Rote Boten, werdet aktive Mitkämpfer für ein Sowjetdeutschland!"

Der „Rote-Post"-Schlager ertönt, und einstimmig beschloß die Botenversammlung den kollektiven Eintritt in die Kommunistische Partei.

Werbekolonnen durchkreuzten den Saal, und die ersten Bekanntmachungen erfolgten: „10 Aufnahmen", „20, 40, 50!" Eine Frau wollte nicht eintreten, weil ihr Mann es nicht erlaubte. Eine andere hatte Angst vor der vielen Arbeit. Beide wurden überzeugt. Endergebnis: 63 Boten und Botenfrauen, die bis jetzt noch nicht der Partei angehörten, traten beim Aufgebot der 100 000 in die Partei ein.

Zum Schluß begeisterter Ausklang: „Alles für die Sowjetmacht —

Und richten sie die Gewehre gegen die Sowjetunion,
Dann rüsten rote Heere zum Kampf, zur Revolution!

Fritz und Käte waren futsch. Das hatten sie noch nicht erlebt, einen solchen Schwung, eine solche Begeisterung. Fritz wollte heute gleich mit seiner Botenfrau mal sprechen. Unser Vertriebsapparat, das hatte Fritz gemerkt, ist ein wichtiges Instrument zur Verbreitung der kommunistischen Presse. „Entrollt die „Rote Fahne" über das rote Berlin", hatte ein Redner gesagt. Fritz wollte sofort in der nächsten Zellensitzung mit seiner Zelle Rücksprache nehmen, um im Rahmen des Aufgebots der 100 000 eine Massenwerbung für die „Rote Fahne" durchzuführen.

Das war wirklich ein großer Eindruck gewesen. Käte und Fritz gingen mit ein paar Genossen durch die Straßen nach Hause. Erst langsam kam wieder in Gespräch zwischen ihnen auf. Aber es konnte sich nicht halten. Die Versammlung wirkte nach. Leise pfiff Fritz ein Kampflied vor sich hin. Die anderen Genossen fielen ein. Und es war beinahe eine kleine Demonstration mit Musik, die da durch die Straßen ging.

An der Ecke standen drei junge Leute mit hohen Schnürstiefeln. Sie drückten sich in einen Hausflur. Als die Genossen vorbei waren, hatten sie's eilig, ihnen den Weg abzuschneiden. Sie liefen zu einer Kneipe und holten noch ein halbes Dutzend von ihren Freunden heraus. Dann liefen alle neun los. Bald hatten sie die pfeifenden Genossen erreicht. Ohne irgendwelchen vorhergehenden Wortwechsel stürzten sie sich von hinten auf sie. „Das ist Rotmord!" brüllte einer von den Jünglingen. Sie zogen Schlüssel und Schlagringe aus der Tasche.

Im ersten Augenblick waren unsere Genossen, darunter zwei Frauen reichlich verblüfft. Aber bald gingen sie zur Gegenwehr über. Kommunisten lassen sich nicht wehrlos verprügeln. Sie waren zwar, die Frauen abgerechnet, nur sechs Personen. Aber Arbeiterfäuste sind nicht von Pappe. Ein Nazi taumelte an die Wand und sackte dann zusammen. Ein anderer lief los, um das Ueberfallkommando zu alarmieren. Bleeden noch sieben.

Bald tutete es. Das Ueberfallkommando raste um die Ecke, bremste kurz. Die Beamten sprangen ab. Keiner dachte daran, wegzulaufen. Die Genossen dachten nicht daran, daß es heute schon strafbar ist, wenn man sich gegen Naziüberfälle verteidigt.

Der Nazimann, der das Kommando geholt hatte, kam gerade zurecht. Er sagte, daß die armen, harmlosen Braunjacken von den bösen Kommunisten überfallen worden seien. Die Menschen, die sich angesammelt hatten, sahen nicht aus wie Nazis. Und so konnten die Jungen verschern, daß es sich um einen Haufen von zwanzig blutgierigen Kommunisten handele, von denen sie überfallen seien. Fritz und noch zwei Genossen werden als Rädelsführer bezeichnet.

Tatütata ging's zum Revier. Von dort nach einem kurzen Verhör zum Präsidium. Käte wurde bald entlassen, nachdem man ihre Personalien geprüft hatte. Fritz und die beiden anderen wurden über drei Höfe zum Polizeigewahrsam für Männer geführt. Da saßen schon ein paar „Kriminelle" in dem kalten Keller. Sie bekamen jeder zwei Decken und streckten sich auf den zusammengerückten Holzbänken aus.

Am nächsten Morgen ging's zum Photographieren. Noch ein kurzes Verhör wurde angestellt, und schon wenige Stunden später standen sie vor dem Schnellrichter. Der hörte sich alles an. Dann meinte er: „Erzählen Sie doch keine Märchen. Sie können mir doch nicht weismachen, daß neun Leute zwanzig überfallen werden oder wieviel es waren. Das können Sie doch Ihrer Großmutter erzählen."

Das Urteil war schnell fertig. Denn dieses Gericht hat seinen Namen nicht umsonst. Fritz bekam, weil seine Intelligenz ihn in den Augen des Richters, wie ausdrücklich festgestellt wurde, besonders belastete, sechs Wochen, die anderen Genossen kamen mit vier Wochen davon. Man behielt sie gleich da.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311203-10/fragment/page=0003

Rund um den Erdball

Eine Stunde Drittes Reich im thüringischen Dorf Wallichen

SA. Rache für vertriebenen Liebhaber

Alle Dorfeingänge von Nazis besetzt — Jagd auf junge Landarbeiter — Polizei sanktioniert weißen Terror — Alarmparole: Her zu uns in die rote Einheitsfront!

Weimar, 2. Dezember. Daß die SA.-Banditen der Hitlerischen Söldnerarmee nach „Niederschlagung der Kommune" volle Verfügung über alle Lebensmittel usw. haben, und Herr über Leben und Tod jedes einzelnen Staatsbürgers sein sollen, lasen wir im hessischen Arbeitermorddokument. Daß diesen „rauhen" Landsknechten andererseits aber auch jedes deutsche Landarbeitermädel zur Verfügung stehen soll, erfahren wir jetzt durch einen geradezu unglaublichen Vorfall, der sich in dem Dorf Wallichen, zwischen Weimar und Erfurt, zugetragen hat.

Dort haben vor einigen Tagen junge Landarbeiter einen Nazi aus ihrem Dorf vertrieben, der sich einem Dorfmädchen gegenüber frech benommen hatte. Dieser in seiner teutschen Mannesmürde tiefgekränkte Nazi-Liebhaber alarmierte nun eiligst seine Kumpane im benachbarten Städtchen Vieselbach. Auf einem Lastwagen rückten sofort 30 tatendurstige SA.-Bravos aus, um, in Wallichen angelangt, sofort sämtliche Dorfeingänge zu besetzen. Eine andere Abteilung drang dann in das Dorf ein und veranstaltete darin über eine Stunde, von Polizei und Gendarmerie ungestört, ein regelrechtes Kesseltreiben nach jungen Landarbeitern und Kleinbauernsöhnen.

Alle Jungarbeiter, der sie habhaft werden konnten, wurden unter Mißhandlungen auf den Lastwagen geschafft und dann nach dem Städtchen Vieselbach transportiert, um sie dort durch die Polizei verhören zu lassen.

Und die Polizei von Vieselbach, die doch die verdammte Pflicht gehabt hätte, die uniformierten Nazi-Banditen wegen Landfriedensbruch zu verhaften — was tut sie?

Führt fromm und gehorsam den „Befehl" der Hitler-Kommune aus und verhört mit dienstlichem Ernst und Eifer einen der mißhandelten Jungarbeiter nach dem anderen.

Im thüringischen Landtag, in dem diese „Strafexpedition" nach italienischem Muster zur Sprache kam, erklärte allerdings ein Regierungsvertreter, daß „das Vorgehen in Vieselbach SA.-Leute scharf zu verurteilen sei." Und gegen die Täter „sei inzwischen ein Strafverfahren wegen Amtsanmaßung und Freiheitsberaubung eingeleitet worden."

Auf die Durchführung dieses „Verfahrens" kann und darf die Arbeiterschaft in Stadt und Land nicht eine Minute warten. Tut sie es doch, so ist sie verraten und verkauft. Gegen die Frechheiten und Brutalitäten gibt es nur ein Abwehrmittel, und das ist die rote Einheitsfront von unten. Der ganze braune Spuk ist im Nu verweht, wenn in allen Städten und Dörfern Schutzstaffeln gebildet werden.

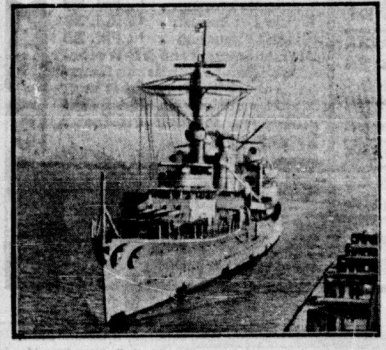
Raubüberfall auf Bauern

Vierzig Fuhrwerke ausgeplündert

Lublin, 20. Dezember. Auf der Landstraße bei Javada, die durch einen dichten Wald führt, wurde auf etwa 40 Bauernkarren ein nächtlicher Raubüberfall von einer bewaffneten Bande verübt.

Da die Bauern vollkommen unbewaffnet waren, blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich in panikartiger Flucht in Sicherheit zu bringen. Die Bande plünderte die armen Bauern vollkommen aus.

Auf zur weiten Weltreise



Kreuzer „Karlsruhe" verläßt soeben den Kieler Hafen zur zweiten Weltreise. Die „Segenswünsche" der Millionen Hungernden, denen man die Unterstützung kürzt und raubt, damit kostspielige Militärwünsche befriedigt werden, wird dieses „wackere Schiff" begleiten

Dreiköpfige Familie vergiftet

Am Mittwochfrüh wurden der 74jährige Oberinspektor der Domäne Fraßdorf bei Magdeburg, seine Frau und eine Tante in ihrer Wohnung in Quellendorf durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Die Tante war beim Backen in der Küche vom Tode überrascht worden. Der Gashahn stand offen und das ganze Haus war mit Gas gefüllt. Es liegt zweifellos ein Unglücksfall vor.

SPD.-Arbeiter kommen zur Roten Hilfe

Auf einer Versammlungstournee für die „Rote Hilfe" sprach der Genosse Ebers in Tannenwalde bei Königsberg (Ostpreußen), einem Ort von 2000 Einwohnern. Bei dreihundert Anwesenden wurden 43 Neuaufnahmen gemacht, darunter von drei Sozialdemokraten.

Das schnellste Landflugzeug

Der amerikanische Flieger Lowell Bayles stellte in Detroit mit 458,5 Kilometer Stundengeschwindigkeit eine neue Schnelligkeitshöchstleistung für Landflugzeuge auf.

Brot für alle

Während die Kapitalisten allenthalben über die Ueberproduktion klagen, erleiden gleichzeitig die werktätigen Massen in diesem Winter in der ganzen kapitalistischen Welt die allergrößte Not. Auf der einen Seite lagern sich Getreide und Lebensmittel aller Art, Brennmittel, Baumwolle und Kleiderstoffe, auf der anderen Seite frieren und hungern Millionen von Menschen. Die kapitalistische Welt aber weiß nichts anderes zu tun als ihre Profite zu erhöhen durch Zölle, durch Protektionismus und Autarkie, je selbst durch einen regelrechten Vernichtungsfeldzug auf alle „überschüssigen" Warenvorräte. Es gibt genügend Brot für alle, und dennoch herrscht Unterernährung und Hungersnot.

Diesen Kapitalistenwahnsinn untersucht das neueste Heft des „Roten Aufbau", das außerdem Beiträge enthält von Willi Münzenberg über die Einheitsfrontfrage, von K. A. Wittfogel über die kapitalistische Krise, von Rudolf Springer über das deflationistische Problem, von Rudolf Gerber über General von Clausewitz, und von Kurt Sauerland über die philosophischen Anschauungen Franz Mehrings.

Das Heft kostet nur 30 Pfennig und ist in allen Kiosken, bei Kolporteuren und Literaturstellen erhältlich, oder direkt durch den Verlag „Der Rote Aufbau", Berlin W 8, Wilhelmstraße 48. 3 Tr., gegen Einsendung von 30 Pfennig in Briefmarken.

Das furchtbare Verbrechen im holländischen Grenzwald

Drei Bauernsöhne erschossen

Vom Förster als Wilderer aus dem Hinterhalt niedergeknallt

Aachen, 2. Dezember. Der Mord an den drei Bauernsöhnen aus dem Dorfe Putbroek an der holländischen Grenze, die, wie wir bereits meldeten, im Wald erschossen und verscharrt aufgefunden wurden, ist jetzt aufgeklärt worden. Die Untersuchung führte zur Verhaftung eines holländischen Forstbeamten, bei dem blutbefleckte Kleidungsstücke und verdächtige Munition gefunden wurden.

Die drei Todesopfer dieser fürchterlichen Mordtat sind die Söhne zweier holländischer Bauernfamilien. Sie waren am vergangenen Freitagabend in den Wald gegangen, um ihre Wildschlingen nachzusehen, die sie zum Kaninchenfang aufgestellt hatten. Als sie am Sonntagmorgen noch nicht zurückgekehrt waren, wurde der Wald von der Polizei mit Unterstützung der Bewohner abgesucht.

Man bildete eine lange Kette und untersuchte jeden Baum und jeden Strauch. Nach langem erfolglosen Suchen fand man von den Angehörigen als einem der Vermißten gehörig erkannt wurde. Nun wurden Polizeihunde angesetzt, die schließlich den Ort der Bluttat aufspürten.

Die Toten lagen in einer Grube, die etwa anderthalb Meter tief in den moorigen Boden gegraben war und sich durch frisches Moos und Sand verriet. Die erste Obduktion ergab, daß alle drei entweder aus dem Hinterhalt oder auf der Flucht durch Rückenschüsse getötet worden waren.

Mordgeständnis des Försters Blinzler

Er hat die Mordfalle aufgestellt

Stettin, 2. Dezember. Die Untersuchung der Polizei in der anfangs so rätselhaften Mordaffäre an der Rittergutsbesitzersfrau von Heuning ist nunmehr abgeschlossen.

Der Förster Blinzler, 29 Jahre alt, ist im Laufe der sich über mehrere Tage erstreckenden Vernehmungen unter der Last des gegen ihn gesammelten Beweismaterials bewogen worden, ein umfassendes Geständnis abzulegen. Er hat zugegeben, einige Tage vor dem Unfall die Mordfalle in der Baum allein eingebaut zu haben, um damit Rotwild zur Strecke zu bringen. Er kam auf den Gedanken, diese Wildfalle zu stellen, weil sich in seinem Forstrevier größtenteils nur Wechselwild aufhielt. Im Beisein des Försters Blinzler wurde ein Lokaltermin abgehalten, der die letzten Zweifel an seinem Geständnis beseitigte. Blinzler ist dem Gerichtsgefängnis in Greifswald zugeführt worden."

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Nebel und Kälte

Ständig zunehmende Sterblichkeit durch Grippe und anderen Erkältungskrankheiten

Der Herbst ist die Zeit der Erkältungen. Wenn es kalt wird, er„kält"et man sich; wenn es aber schon kalt ist, bleibt man gesund. Nicht die Kälte ist das Gefährliche, sondern der Uebergang von der warmen zur kalten Jahreszeit. Die Menschen, noch gewöhnt, leichte Sommerkleidung zu tragen oder als Erwerbslose längst nicht mehr im Besitz von Wintersachen, werden meist von dem Eindruck der schlechten Witterung unvorbereitet überrascht.

Nicht die Kälte an sich ist schuld an den im Herbst so zahlreich auftretenden Hals- und Lungenkrankheiten, sondern der höhere Feuchtigkeitsgehalt der Luft. In der warmen Jahreszeit sorgen die sengenden Strahlen der Sonne dafür, daß die aus Niederschlägen herrührende Feuchtigkeit wieder aufgesaugt und in höheren, kälteren Luftschichten geballt wird. Bei der verhältnismäßig raschen Abkühlung, die in den Uebergangsmonaten erfolgt, wird die Zahl der Niederschläge größer, die Luftfeuchtigkeit nimmt zu.

Dieser Nebel nun ist für die Schleimhäute der Atmungswege ganz besonders unzuträglich. Schon allein das dauernde Einatmen kalter, feuchter Luft kann zu Rachen- und Luftröhrenkatarrhen, zu Schnupfen und Halsentzündung führen. Was den Nebel aber viel gefährlicher macht ist die Tatsache, daß den in feinster Verteilung befindlichen Wassertröpfchen, die so klein sind, daß sie in der Luft schwebend sich erhalten, zahllose Verunreinigungen anhaften. Verhältnismäßig harmlos sind noch die Kohle- und Staubteilchen, die den Wassertröpfchen zugesetzt sind. Gefährlicher wird es schon, wenn Abgase aus Fabriken, Hochöfen usw. aus dem Nebel anhaften. Diese können entweder gasförmig bleiben oder aber, und zwar wieder durch den Temperaturunterschied, selbst verflüssigt werden.

Die gefährlichste Beimischung des Nebels sind aber die Krankheitserreger. Der Vorgang hier ist wie eine Schraube ohne Ende. Der Lungenkranke, der weiß, daß sein Auswurf, in dem Tuberkulbazillen enthalten sind, wegen der Ansteckungsgefahr nicht achtlos ausgehustet werden darf, wird die ihm vom Arzt gegebenen Vorschriften gar nicht beachten können. Der Nebel reizt die Schleimhaut seines Kehlkopfes und Rachens, er beginnt zu husten. Und verstreut damit vielleicht Milliarden von Krankheitskeimen, die, wie bei den Tuberkelbazillen, sich in ihren Jugendformen tage-, ja wochen- und monatelang ansteckungsfähig erhalten können.

Der beste Schutz gegen alle Erkältungskrankheiten, vor allem aber gegen solche der Atmungsorgane, ist eine zweckmäßige, nicht zu dicke, leicht poröse, wollene Kleidung. Sehr wesentlich ist der Schutz der Füße vor Nässe, die durchaus nicht immer von außen zu kommen braucht. Schweißfüße, die im Herbst ganz besonders lästig werden, können durch dauernde Unterkühlung sehr leicht zu Schnupfen und Erkältungen führen. Hier hilft regelmäßiges Einpinseln mit einer Formalinlösung und nachfolgender Puderung meist sofort.

Trotzdem die Behandlung der Erkältungskrankheiten, die im wesentlichen in der Verabfolgung von Salicylpräparaten und Schwitzbädern besteht, immer neue Fortschritte macht (wenn auch dieses Gebiet von der bürgerlichen medizinischen Wissenschaft bisher immer sehr stiefmütterlich behandelt wurde und erst jetzt allmählich in seiner ganzen Tragweite und Bedeutung erkannt wird!), ist in den letzten Jahren eine auch amtlicherseits zugegebene erschreckende Zunahme sowohl an Zahl als auch an Schwere eben dieser Krankheiten zu verzeichnen. Gerade in diesem Winter droht eine besonders heftige Grippeepidemie, deren erste Vorzeichen in der Häufung leichter bis mittelschwerer Krankheitsfälle schon jetzt zu erkennen sind. Die Berliner Aerzteschaft z. B., der man doch sicher nicht vorwerfen kann, daß sie aus Kommunisten besteht, hat wiederholt ihre schweren Bedenken über die unsoziale Schließung von Berliner Krankenhäusern gerade wegen der zu befürchtenden Epidemie geäußert. Die ständig sich verschlechternden Lebensbedingungen, die Kürzung von Lohn und Unterstützung bedeuten für die werktätige Bevölkerung auch auf diesem Gebiete eine ständige unmittelbare Gefahr. Abgetragene mangelhafte Kleidung, die zu ergänzen absolut unmöglich ist, die elenden Wohnverhältnisse, schlechtes und immer schlechteres Essen schwächen den Körper derart, daß er einer jeden Infektion Eingang gewährt. Und ist er erst einmal erkrankt, so verläuft der Krankheitsprozeß, den ein gesunder Mensch vielleicht spielend überwindet, besonders schwer, ja vielleicht lebensgefährlich.

Nur aus diesen Tatsachen läßt sich die ständig zunehmende Sterblichkeit an Grippe und anderen Erkältungskrankheiten, vor allem die Luftwege, läßt sich die steigende Todesziffer an Lungenschwindsucht erklären. Die jetzt geplanten weiteren Abbaumaßnahmen auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung wird das Proletariat mit ungezählten neuen Opfern bezahlen müssen.

Dr. Swienty.

Verantwortlich: Alfred [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311203-10/fragment/page=0004

Neuer 3-Millionen-Palast des ADGB

...rt in Konkurrenz mit Hitlers „Braunem Haus" — Nichts für Streiks — Abbau der Unterstützungssätze, aber Millionen für Paläste

...Rote Fahne" berichtet:

...ht neben dem 5-Millionen-Haus der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin in der Wallstraße baut der ...ewerkschaftsbund ein prunkvolles Gebäude. „Ein Haus mit allen Schikanen", berichtet ein Berliner ...ksblatt. Die Inneneinrichtung dieses „Hauses mit allen Schikanen", das demnächst die Arbeiterbank und das Büro des ADGB beherbergen soll, kostet nicht weniger als 3 Millionen Mark.

...Mitglieder des ADGB, sozialdemokratische ...ter, und besonders die Erwerbslosen mögen sich die Mühe ...en und mit eigenen Augen ansehen, wie die ADGB-Führer, die ...en, seine Wirtschaftskämpfe der Arbeiter unterstützen zu können, ...weil die Kassen leer seien, die alle Kämpfe der Arbeiter gegen ...ren als „wilde Streiks" bezeichnen und den Streikbruch organisieren mit dem Geld der ADGB-Mitglieder wirtschaften.

...ing man den ...bau-Komplex in der Hallstraße betrachtet, ...kommt unwillkürlich an den braunen Palast Hitlers in München ...rt. Der Unterschied ist nur der, daß das Haus Leipzigerstraße noch prunkvoller und kostspieliger ist.

...Sondereingang wird in die große Kassenschalterhalle der Arbeiterbank führen, die mit Glas überdacht ist. Sondertreppen und ...hle. Einer führt in das Direktorenzimmer im ersten ...Die Eingangshalle ist mit Mosaik ausgestattet. Tresore und Sicherheitsanlagen nach den neuesten technischen Errungenschaften werden eingebaut.

Dicht neben dem Gebäude der Arbeiterbank geht das neue Gewerkschaftshaus seiner Vollendung entgegen. Es wird sechs- bis siebenstöckig in die Luft ragen. Von einem 36 Meter hohen Turm wird man auf all das Prunkvolle herabschauen können. Mit einem Paternoster wird man einen Dachgarten erreichen können. Wer sich fürchtet, den Paternoster zu benutzen für den ist noch ein anderer Fahrstuhl da. Ein Kasino mit allem Komfort wird eingebaut. Im ersten Stock befindet sich der Sitzungssaal.

Er ist mit Zebrano-Holz ausgestattet. Ein Glasdach macht den großen Raum tageshell. Große sechsteilige Schiebetüren sind mechanisch bewegbar.

Auch eine Tonfilmanlage befindet sich darin. Wir glauben schon, daß sich die ADGB-Bonzen in diesem kostspieligen Bau a la Braunes Haus in München sehr wohl fühlen werden. Aber wir glauben nicht, daß die 5 Millionen Mitglieder des ADGB damit einverstanden sind, daß die ADGB-Bürokratie, die jede Streikunterstützung ablehnt, Millionen für Prunkgebäude verpulvert.

Die RGO hat keine Paläste, aber die RGO hat den festen Willen, die vom Lohnraub, von Notverordnungen, von faschistischen Streikbrechern bedrohten Arbeitermassen zum Streik gegen die kapitalistischen Ausbeuter zu sammeln.

Borgauer Steingut rüstet zum Kampf

Gut besuchte Betriebsversammlung von Villeroy & Boch wählt einen Kampfausschuß

...Androhung der Werksleitung der Steingutfabrik, die Stillegung durchzuführen, hatte die Kollegen endlich einmal aus dem ...geröttelt. Es fand eine gut besuchte öffentliche Betriebsversammlung statt. Der Referent der RGO zeigte klar und deutlich ...ch der Antrag um Betriebsstillegung nur gestellt wurde, um ...neuen Lohnabbau vorzubereiten und durchzuführen. Wiederholt ...ten sich die Kollegen einen Lohnabbau gefallen lassen, aber ...muß Schluß gemacht werden.

...war die Meinung aller erschienenen Kollegen und Kolleginnen. Auch die anwesenden Kollegen der SPD erklärten sich einverstanden mit der Vorbereitung des Abwehrkampfes gegen den Lohnraubversuch.

...Einheitlichkeit des Wehrwillens kam zum Ausdruck durch ...stellung eines sechsgliedrigen vorbereitenden Kampfausschusses, ...auch zwei sozialdemokratische Kollegen angehören. Ein Kollege ...zur Betriebrätekonferenz am 6. Dezember nach Halle ge...

Kollegen, laßt keinen Lohnraub zu! Gründe zu einer Betriebsstillegung sind nicht vorhanden. Zahlreiche Aufträge liegen vor. Organisiert den Kampf. Reiht euch ein in die RGO. Durch die einstimmig angenommene Resolution habt ihr euren entschiedenen Kampfwillen bekundet. Sämtliche Kollegen und Kolleginnen werden aufgefordert, sich hinter die nachfolgende Resolution zu stellen und mitzuhelfen, den Kampf zu organisieren.

„Die Belegschaft der Firma Villeroy u. Boch ist auf das äußerste entschlossen, gegen Stillegungsandrohung des Betriebes den Abwehrkampf zu organisieren. Sie erkennt in der Stillegungsdrohung nur einen Bluff, nur einen Versuch, um einen Lohnabbau vorzubereiten und durchzuführen. Als Maßnahme gegen die Stillegungsdrohung kann nur der Streik in Frage kommen. In dieser Beziehung verpflichten wir uns, die Gesamtbelegschaft aufzurüttelen. Es gilt den Lohnraub zu verhindern.

Jeden Lohnabbau lehnen wir ab und sind entschlossen, uns zu wehren."

...üßwarenarbeiter, genug des Lohnraubs!

Macht Schluß mit den Lohnabbaugehilfen — Schließt die kämpfende Einheitsfront!

...St. Die sich immer mehr verschärfende Wirtschaftskrise und ...katastrophalen Auswirkungen auf die Lebenslage des werktätigen Volkes bringt es mit sich, daß Millionen Arbeiter- und Angestelltenfamilien nicht mehr genügend trocken Brot zu essen ...und ganz und gar nicht mehr daran denken können, Schokolade oder andere Genußmittel zu konsumieren. Hinzu kommt ...hundertprozentige Erhöhung der Zuckersteuer vom Juni, die eine ...starke Preiserhöhung zur Folge hatte und alle Zuckerartikel ...den Proletarierhaushalt einfach unerschwinglich macht. Und ...kann die Folge des Massenelends und der hohen Zuckersteuer ...natürlich keine andere sein, als daß der Absatz für diese ...Genußmittel" immer mehr zusammenschrumpft. Die Süßwarenunternehmer, die bei stark verengtem Absatzmarkt unter allen Umständen ihren Profit aufrechterhalten wollen, kennen in ihren Anschlägen auf die Süßwarenarbeiterschaft wahrhaftig keine Grenze. Massenentlassungen, Kurzarbeit, verstärkte Ausbeutung und ...Angriffe auf Lohnabbau sind an der Tagesordnung.

...April d. J. ist der Lohnabbau bereits dreimal an ...Süßwarenarbeiterschaft vollzogen worden. Die versteckten ...der Lohnabbaues gar nicht mitgerechnet.

...Natürlich wäre es nicht möglich der Süßwarenarbeiterschaft den ...letzten Brot vom Tisch zu nehmen, wenn nicht die skrupellosen Arbeiterverräter vom Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband mit den raffiniertesten Methoden, den Unternehmern ...Hand dabei würden. Bei jedem Lohnabbau, bei jeder Verschlechterung helfen die Bonzen den Unternehmern. An einer ...von Beispielen soll der Süßwarenarbeiterschaft das wirkliche Gesicht dieser Bonzen und Unternehmerknechte, die ohne ...radikale Phrasen schwingen, gezeigt werden.

...im Februar d. J. die Unternehmer die erste Offensive im ...Angriffe auf die Löhne der Süßwarenarbeiterschaft durchführten, da war es die Verbandsbürokratie, die in Nr. 8 der „...Einigkeit" (Verbandsorgan) folgendes zu den Lohnabbauforderungen der Unternehmer schrieb: **„An Hand dieser Tatsachen ist bewiesen erbracht, daß in der Süßwarenindustrie ein bedeutender Lohnabbau bereits stattgefunden hat (Kurzarbeit, Akkordlohnkürzung usw.) und daß ein weiterer Lohnabbau ...nicht mehr erfolgen werden kann."**

...Süßwarenarbeiterschaft schenkte diesen radikalen Phrasen ...und erwartete, daß der Lohnabbau nunmehr mit allen ...verhindert würde. Wie „ernst" es der Bürokratie mit ...Worten war, wurde den Kollegen in Nr. 12 der „Einigkeit" ...Bericht mit der Ueberschrift „Lohnverhandlungen in der ...industrie gescheitert" vordemonstriert. Da schreib die ...Bürokratie, nachdem sie vier Wochen nichts von sich hören ließ: **„Eingegangen kommen, den Lohn um vier Prozent zu kürzen, ...wurde Dabei abgelehnt."**

...dieselbe Bürokratie, die davon schrieb, „daß ein weiterer ...Lohnabbau untragbar sei," schlägt den Süßwarenkapitalisten selbst ...einen Lohnabbau vor!

...Unternehmer, die sich der treuen Unterstützung durch die ...Bürokratie absolut sicher sind, gingen dann im Juni zum ...Angriff über, indem sie den Manteltarif kündigten, um ...Verschlechterungen vorzunehmen. In der „Einigkeit" ...schrieb die Bürokratie zu dem neuen Angriff der Unternehmer folgendes:

„Die Arbeiterschaft wird sich bewußt sein, daß, wenn der Dabu ...diesen Standpunkt stehen bleibt, die Zeit großer ...Kämpfe kommen wird."

...Darum hofften die Arbeiter und Arbeiterinnen auf Taten ...Lohnabbaugehilfen. Die Kämpfe kamen nicht, aber ...**folgende Meldung:**

...Am 25 der „Einigkeit" melden die feisten Bonzen nicht ...der Manteltarif bestehen bleibt, sondern: „Leider war es nicht möglich, alle bisherigen Positionen im Tarif zu halten", und weiter: „Nach dieser Erklärung zogen wir sofort unser Angebot, die Bezahlung der drei Feiertage aufzuheben, zurück."

Also wieder haben die Bonzen selbst angeboten, die Feiertagsbezahlung zu liquidieren. (!)

Daß bei einer solchen offenen Hilfeleistung der Gewerkschaftsbonzen für die Unternehmer, letztere ermuntert werden, weitere Verschlechterungen vorzunehmen, versteht sich am Rande.

Nicht lange sollte der „Friede" dauern, da meldeten die Süßwarenunternehmer zum drittenmal ihre Wünsche auf Lohnabbau bei ihren Lakaien an. Die Bonzen mimten radikal und schrieben:

„Es ist eine überspannte Zumutung zu glauben, daß die Süßwarenarbeiterschaft sich bereit erklären könnte, sich mit einem weiteren Lohnabbau zufrieden zu geben,"

und weiter:

„Die Löhne der Süßwarenarbeiterschaft konnten schon vor der ersten Lohnkürzung nicht als ausreichend bezeichnet werden."

So steht es wörtlich in der „Einigkeit" Nr. 37 unter der Ueberschrift „Der Dabu kündigt erneut die Löhne". Mit Hoffnung klammerte sich die unter äußerst schlechten Verhältnissen arbeitende Süßwarenarbeiterschaft an diese Sätze, in der festen Meinung, „jetzt wird der Lohnabbau aber bestimmt abgewehrt".

Die Kollegen haben wiederum nicht mit den Schurkenaaten der verbrecherischen Verbandsbürokratie gerechnet. Diese Sippschaft, die in Worten anerkennt, daß „die Löhne der Süßwarenarbeiterschaft schon vor der ersten Lohnkürzung nicht als ausreichend bezeichnet werden konnten", aber in der Tat, den ersten Lohnabbau selbst vorgeschlagen hat und die Liquidierung der Feiertagsbezahlung den Unternehmern „opferte", schließt auch jetzt einen neuen Lohnabbaupakt mit den Unternehmern ab.

In Nr. 46 der „Einigkeit" wird der betrogenen Süßwarenarbeiterschaft gemeldet, daß „die Parteien auf egende Vereinbarung getroffen haben", und **zwar werden die Löhne auf den Lohnsatz vom 1. Februar 1928 herabgesetzt."**

Diese wenigen Beispiele zeigen der Süßwarenarbeiterschaft die ganze Erbärmlichkeit des Bonzengesichters. Kein Wunder, daß die Firma Kant (Wittenberg) es sich erlauben konnte, neben dem 4 Prozent Lohnabbau noch 20 Prozent vom Akkordlohn abzubauen, ohne von der Bürokratie daran gehindert zu werden, **verteidigt doch die Bonzokratie mit Händen und Füßen die Profite der Unternehmer!**

Der neue Lohntarif läuft nur bis zum 31. Dezember 1931. Erst soll die Weihnachtskonjunktur vorüber sein, dann steht die Süßwarenarbeiterschaft erneut vor der Frage, Lohnabbau — weitere Verelendung oder Schluß mit dem Lohnabbau. Aus den angeführten Tatsachen wird der letzte Süßwarenarbeiter begreifen müssen, daß von den Bonzen keine Hilfe — sondern nur Verrat erwartet werden kann.

Bei dieser Erkenntnis darf es aber nicht bleiben. Die Süßwarenarbeiterschaft muß über die Köpfe der verräterischen Bonzen hinweg die Verteidigung ihrer nackten Existenz selbst in die Hände nehmen.

Nicht ducken, sondern kämpfen ist die Parole!

Schafft in den Betrieben Betriebsgruppen der RGO, um den Widerstand gegen den weiteren Lohnraub organisieren zu können. Der Anfang ist gemacht. Die Arbeiterinnen der Schokoladenfabrik Bolle, Naumburg, haben eine Betriebsgruppe der RGO geschaffen. Das muß in jedem Betrieb geschehen. Besucht die von der RGO einberufenen Belegschaftsversammlungen.

Wählt Kampfausschüsse!

Genug des Lohnabbaues, genug des Verrates. Formiert die Kampffront gegen die Ausbeuter und ihrer Helfer unter Führung der RGO.

Seit 50 Jahren

steht in unveränderter Güte die

dick rund

3 1/3 Pfg

an der Spitze deutscher Qualitätsfabrikation.

Schon diese Tatsache allein muß jeden Liebhaber von Goldmundstück-Zigaretten veranlassen, das neue Zwillingsprodukt, die

dick oval

3 1/3 Pfg

einmal zu versuchen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311203-10/fragment/page=0005

HALLE

Donnerstag, den 3. Dezember 1931.

Der „Nazi" ist kein richtiger Nazi

In diesen Tagen tauchte in Halle ein Wochenblättchen mit dem schönen Titel „Der Nazi" auf. Als Herausgeber dieser neuen Wochenzeitung wurde eine „Notgemeinschaft stellenloser Nationalsozialisten" genannt. Die wenigen Seiten dieses Blättchens waren mit dem üblichen nationalsozialistischen Humbug angefüllt. In der ersten Nummer wurde sogar das „Mitteldeutsche Echo" „unter die Lupe" genommen. Offenbar glaubten die Herausgeber durch eine systematische Hetze gegen das „ME" einen Stamm von Lesern ergattern zu können. Aus dem Nazi-Halbwochenblättchen „Der Kampf" erfährt man nun aber, daß „Der Nazi" mit den richtigen Nazis gar nichts zu tun hat. Der auf „hoher Warte" stehende Oberbefehlshaber der Hallischen Nazis, Czarnowski, läßt im „Kampf" folgendes verkünden: „Nach Rücksprache mit der Ulcha der NSDAP weise JCH darauf hin, daß die an der Herausgabe des Blattes „Der Nazi" beteiligten Parteigenossen durch ihr eigenmächtiges Handeln ohne Fühlungnahme mit der Ortsgruppe parteischädigend gewirkt haben. Gleichzeitig verbiete JCH jedem Parteigenossen Werbetätigkeit und Unterstützung der Wochenschrift „Der Nazi"."

„JCH verbiete" — so befiehlt der kleine Bruno Czarnowski (alle Deutschen werden bei diesem echten deutschen Namen in Ehrfurcht erzittern) seinen Hallischen Hörigen. Aus einer anderen amtlichen Bekanntmachung des „Kampf" geht hervor, daß die „Notgemeinschaft stellenloser Nationalsozialisten" mit der NSDAP nichts zu tun habe. Das heißt, wenn der „Nazi" noch einmal erscheint, dann werden die Herausgeber und Verbreiter aus der wirklichen Nazipartei hinausgeschmissen. Etwas Gefährderes kann man ihnen auch nicht wünschen. Nazi hin und Nazi her — die denkenden Arbeiter werden sich weder durch den „Nazi" noch durch den „Kampf" das Gehirn verkleistern lassen. Die politische Wochenzeitung für alle Werktätigen Mitteldeutschlands ist das „Mitteldeutsche Echo".

Genosse Karl Kalze

Der langjährige Parteigenosse Karl Kalze ist nach längerem Leiden gestorben. Genosse Karl Kalze war seit dem Jahre 1911 politisch organisiert. Zuerst Mitglied der SPD, dann der USPD, war er 1 der Verschmelzung Mitglied der Kommunistischen Partei geworden und blieb der Partei bis zu seinem Tode treu. Der Stadtteil Osten verliert in ihm einen unermüdlichen und treuen Funktionär, der uns allen ein Vorbild war. Wir geloben, den Kampf im Sinne des verstorbenen Genossen Karl Kalze bis zum endgültigen Siege fortzuführen!

KPD, Ortsgruppe Halle, Stadtteilleitung Osten.

Brot für alle!

Während die Kapitalisten allenthalben über die Ueberproduktion klagen, erleiden gleichzeitig die werktätigen Massen in diesem Winter in der ganzen kapitalistischen Welt die allergrößte Not. Auf der einen Seite stauen sich Getreide und Lebensmittel aller Art, Brennmittel, Baumwolle und Kleiderstoffe, auf der anderen Seite frieren und hungern Millionen von Menschen. Die kapitalistische Welt aber weiß nichts anderes zu tun als ihre Profite zu erhöhen durch Zölle, durch Protektionismus und Autarkie, ja selbst durch einen regelrechten Vernichtungsfeldzug auf alle „überflüssigen" Warenvorräte. Es gibt genügend Brot für alle und dennoch herrscht Unterernährung und Hungersnot.

Diesen Kapitalistenwahnsinn untersucht das neueste Heft des „Roten Aufbau".

Gegen Verurteilung des Leuna-Proleten Karich!

Das Urteil des Schnellgerichts muß fallen — Zeugen vor die Front!

Am Sonnabend ist, wie der „Klassenkampf" bereits kurz berichtete, der parteilose Leuna-Arbeiter Karich aus Merseburg vom Schnellgericht in Halle zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Karl wurde in der großen Massenversammlung im „Wintergarten" am Freitag von der Polizei verhaftet. Schon das Vorgehen der Polizei in der Versammlung, die Verwarnung des Rußlanddelegierten Karich, die Auflösung der Versammlung und die Verhaftung lösten bei den Versammlungsbesuchern eine berechtigte Empörung aus. Die Verurteilung des Leuna-Arbeiters Karich erfolgte mit der Begründung, daß er in seinen Schlußausführungen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert habe. Wie steht es damit? Die Versammlung im „Wintergarten" ist von Anfang an völlig ruhig verlaufen. Die Ausführungen der Redner waren überaus sachlich. Nirgends wurde mit auch nur einem Wort zu Gewalttätigkeiten aufgefordert. Dies war schon aus dem Grunde nicht denkbar, weil ja die Referenten und Diskussionsredner sich ausschließlich mit den Verhältnissen in der Sowjetunion beschäftigten. Eine Diskussion über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion kann beim besten Willen nicht mit Gewaltandrohungen irgendwelcher Art gegen politische Gefangene in Deutschland in Verbindung gebracht werden. So etwas anzunehmen, ist völlig sinnlos. Der Zwischenfall in der „Wintergarten"-Versammlung erfolgte während des Schlußappells des Rußlanddelegierten Karich an die Anwesenden zur Herstellung der roten Einheitsfront gegen den Faschismus, da

auch der Faschismus eine offene Kriegshetze gegen die Sowjetunion betreibt.

Der anwesende Polizeioffizier verwarnte den Leuna-Arbeiter Karich, als dieser folgende Redewendung gebrauchte:

„Einst werden wir über die Köpfe der Faschisten hinweg geschlossen marschieren..."

In dieser Aeußerung soll nach der Ansicht des Polizeioffiziers eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten liegen. Alle Versammlungsbesucher fragen sich heute noch, wieso das Schnellgericht sich die Auffassung des Polizeioffiziers zu eigen machen konnte, um ba[illegible] mit das drakonische Urteil gegen Karich zu begründen. Offenbar hat der Polizeioffizier, als Karich diesen Satz aussprach, an die rollenden Köpfe des Nazihäuptlings Hitler gedacht. [illegible] hat sich dabei die Meinung gebildet, daß die Bemerkung: „Wenn die Köpfe der Faschisten geschlossen marschieren..." bedeuten soll, auf den Köpfen der Faschistenführer (bildlich gesehen) herumtrampeln. Einen solchen Gedanken hat Karich nicht gehabt, noch seine Aeußerung hat auch bei allen Versammlungsbesuchern [illegible] einen solchen Eindruck hervorgerufen. In der kommunistischen Presse und in Versammlungen ist schon sehr oft an die Arbeiter appelliert worden,

über die Köpfe der Führer hinweg zur Einheitsfront zu marschieren.

Die Arbeiter verstehen darunter, daß die Herstellung der Einheitsfront ohne Rücksichtnahme auf die Führer (z. B. [illegible] SPD-Führer, die von der Einheitsfront reden, aber in der Praxis die Einheitsfront sabotieren) notwendig ist, oder eben „über die Köpfen der Führer hinweg" gebildet werden muß. In diesem Sinne hat auch Karich gesprochen und in diesem Sinne wurden seine Ausführungen von allen Versammlungsbesuchern verstanden. Der Polizeioffizier hat sie anders verstanden. Offenbar im Sinne der Denkweise der Nazis, daß die Köpfe der marxistischen Führer rollen müssen. Man kann daraus ersehen, wie die Denkweise der Nazis bereits in die Köpfe mancher Polizeibeamten eingedrungen ist. Der betreffende Polizeioffizier muß sich schon bei nationalsozialistischer Denkweise zu eigen gemacht haben, sonst hätte er die Aeußerung von Karich nicht im Sinne des Hinwegmarschierens über die (Hohl-)Köpfe der Hakenkreuzführer hinweg ansehen können.

An alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die die öffentliche Versammlung am Freitag, dem 27. November im „Wintergarten" besucht haben, richten wir den Appell, vor Gericht als Zeugen den wahren Sachverhalt klarzustellen. Alle diejenigen, die in der Versammlung festgestellt haben, daß von keinem Redner in keiner Weise zu Gewalttätigkeiten aufgefordert wurde und daß sie insbesondere durch die Aeußerung des Leuna-Arbeiters Karich nicht den Eindruck gewonnen haben, daß hier eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten erfolgte, ersuchen wir, ihre Namen und die Adresse im Büro der Internationalen Arbeiterhilfe, Horst 11, mitzuteilen.

Solidarität mit dem Leuna-Arbeiter Karich! Das Urteil des Schnellgerichts muß fallen!

Polizeioberleutnant a. D. Giesecke-Berlin

spricht am Freitag, dem 4. Dezember, 20 Uhr, in einer großen Massenkundgebung der Roten Hilfe gegen Justizverfolgung, für Vollamnestie der proletarischen politischen Gefangenen. Werktätige von Halle, erscheint in Massen.

Mobilmachung zum Reichserwerbslosentag

Die Hallischen Erwerbslosen stellen neue Forderungen auf Winterhilfe — Solidarität der Erwerbslosen mit den um vor dem Lohnabbau stehenden Metallarbeitern

In einer im „Deutschen Gesellschaftshaus" tagenden Erwerbslosenversammlung erstatteten die Delegierten von der erweiterten Reichskonferenz in Berlin den Bericht. Der Bezirk Halle-Merseburg hatte sein von dem Reichsausschuß gestelltes Delegiertenkontingent um 20 Delegierte überschritten, was von der Aktivität der Erwerbslosen des Bezirks zeugt.

Im Vordergrund steht der Kampf für Brot und Arbeit, gegen Zwangsarbeit, Arbeitsdienstpflicht und Ermittlung. Durch Massenkampf und proletarische Solidarität gilt es, die proletarische Winterhilfeaktion gegen den nationalen Wohlfahrtsschwindel zu organisieren.

Die Erwerbslosen nahmen des weiteren Stellung zu dem bevorstehenden Streik der Hallischen Metallarbeiter. Sie lehnen entrüstet die Verdächtigung der Rößler und Brandferstien, daß sie sich als Streikbrecher im Betriebe benutzen lassen würden, ab. Im Gegenteil: sie werden mit den Metallarbeitern kämpfen.

In der Diskussion sprach ein Betriebsarbeiter, der die Elendslage der Metallproleten schilderte, die nichts mehr zu verlieren haben, sondern unter Führung der RGO den erbitterten Streik organisieren, auslösen und erfolgreich führen müssen. Ein sozialdemokratischer Arbeiter forderte energisch auf, die in Berlin auf der Reichskonferenz stark in dem Vordergrund stehende rote Einheitsfront unter Heranziehung aller Arbeiter zu schließen.

Die angenommene Entschließung lautet:

„Die Hallischen Erwerbslosen nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der Ablehnung ihrer Anträge durch die bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie. Die Erwerbslosen beschließen folgenden Dringlichkeitsantrag an die Hallische Stadtverordnetenversammlung zur sofortigen Behandlung. Sie beantragen die kommunistische Stadtverordnetenfraktion, diesen Dringlichkeitsantrag sofort dem Magistrat zu übermitteln.

1. **Auszahlung einer sofortigen Winterbeihilfe in Höhe von 20 Mark für Verheiratete und 15 Mark für ledige Erwerbslose.**
2. **Für jede Erwerbslosenfamilie 5 Zentner Kohlen und 1½ Zentner Kartoffeln.**

Die Erwerbslosen lehnen es ab, eine nochmalige Begründung zu geben, wo die Mittel zur Durchführung dieses Antrages genommen werden. Dieses ist bereits in dem Notprogramm der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion hinter dem die Erwerbslosen stehen, zur Genüge geschehen.

Die Hallischen Erwerbslosen appellieren an die Gesamtheit der Erwerbslosen, für die aufgestellten minimalen Forderungen den außerparlamentarischen Kampf für ihre Durchsetzung zu organisieren.

Formiert die Hungerbataillone zum Reichserwerbslosentag am 15. Dezember!

Unsere Antwort an Hitler

Ueber dieses Thema spricht die Genossin Käte Lübeck, Dölau-dorf, am Sonnabend, dem 5. Dezember 1931, im Lokal Wegel, Unterberg. Die „Rote-Schmiede-Kapelle" wirkt mit. Alle Bergarbeiter und Jungarbeiterinnen sind eingeladen. Eintritt 15 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

KJVD Halle-Zentrum, Zelle Kollektiv

Walhalla-Theater: „Die lustige Witwe"

Operette in drei Akten von Viktor Leon und Leo Stein

Die weltbekannte „Lustige Witwe" ist nun auch ins Walhalla eingezogen und feiert dort ihre Erfolge. Unter der Spielleitung von Paul Guttmann ist die dreiaktige Operette mit der allen bekannten Musik von Franz Lehar auf der Walhalla-Bühne neu erstanden, ohne seine alte Zugkraft zu verlieren. Zu den Bewährten Gästen ist ein neuer Stern, und zwar Herta Starz als Trägerin der Titelrolle, hinzugekommen. Den größten Erfolg feiern zweifelsfrei Walter Swoboda als Graf Danilo, ein Draufgänger, wie er im Buche steht, Herta Starz als lustige Witwe, Mia Matzke und Hans Bergmann in den Personen des Baron Mirko und Frau. Auch alle anderen Künstler tragen zu gutem Gelingen bei. Kapellmeister Georg Haupt sorgt mit seinem Orchester für eine gute Wiedergabe der Lehárschen Musik. Alles in allem eine lustige Sache, die sich jeder anschauen kann. Der Theaterzettel kündigt die Aufführung der Revueoperette „Die Dubarry", Musik von Carl Millöcker, an. K.

Sammelschule Süd braucht keinen Stadt-Zuschuß

Werden die Kinder der Wettlichen Schule zur Anspruchslosigkeit und Bescheidenheit erzogen?

Der „Klassenkampf" veröffentlichte am 26. November eine Notiz unter der Ueberschrift: „Ein Lehrer, der den Kindern keine Tafel Schokolade gönnt". Es wurde darin ein Vorfall geschildert, der sich anläßlich der Besichtigung der Schokoladenfabrik Most durch die erste Klasse der Sammelschule Süd abspielte. Wir berichteten, daß die Schulkinder, die von der Firma Most eine Tafel Schokolade geschenkt bekamen, auf Verlangen des Lehrers die Hälfte dieser Schokolade abgeben mußten, damit durch eine Verlosung derselben Geld für einen geplanten Schulausflug Klasse herausgeschlagen werden konnte. Die Vorfälle waren uns von Eltern und Schülern der betreffenden Klasse geschildert worden. Vor einigen Tagen erschienen nun mehrere Schüler und Schülerinnen in der Redaktion des „Klassenkampf", die uns mitteilten, daß der Lehrer Heinemann sie nicht gezwungen habe, die Schokolade abzugeben, sondern daß die Schüler dies selbst vorgeschlagen und alle freiwillig die Schokolade für diesen Zweck hergegeben hätten. Einige Schüler erklärten uns jedoch, daß die Schlußbemerkungen des „Klassenkampf"-Artikels, in dem gefordert wurde, daß die Stadtverwaltung Halle den Volksschulen entsprechende Mittel zur Durchführung von Schulausflügen zur Verfügung stellen muß, richtig seien.

Eine Anzahl von Schülern überbrachte uns nun eine schriftliche Berichtigung, in welcher mitgeteilt wird, daß die Kinder selbst den Vorschlag gemacht haben, die Schokolade einzusammeln. Weiter erklären sie, daß sie von ihrem Lehrer nicht zum Stadtgottesacker dirigiert wurden. Sie seien lediglich dorthin gegangen, um die Erdbegräbnisse zu besichtigen. Bei dieser Gelegenheit habe nicht der Lehrer, sondern ein Schüler die Schokolade eingesammelt. In der Berichtigung heißt es dann wörtlich:

„Durch die von uns für die Verlosung zusammengenommene Schokolade wollen wir gerade erreichen, daß auch die Kinder an unserer Wanderung teilnehmen können, deren Eltern nicht in der Lage sind, das nötige Geld aufzubringen. Da wir in diesem Jahre schon einen Zuschuß von der Stadt erhalten haben, können wir nicht einen zweiten verlangen. (!) Weil wir aber zu Ostern aus der Schule kommen und gern noch einmal zusammen fort wollen, bleibt uns nichts weiter übrig als Selbsthilfe.

Die 1. Klasse der Sammelschule Süd und die Elternschaft der Klasse."

Zunächst geht aus dieser Berichtigung hervor, daß die wesentlichsten Punkte in dem „Klassenkampf"-Artikel den Tatsachen entsprechen. Wir glauben es den Schülern gern, wenn sie uns erklären, daß sie selbst den Entschluß gefaßt haben, durch das Einsammeln der Schokolade Fahrgeld für ihren Schulausflug hereinzubekommen. Selbstverständlich nehmen wir die von uns geübte Kritik an dem Verhalten des Lehrers in diesem Punkte zurück. Das Solidaritätsgefühl der Kinder der Klasse gegenüber ihren Mitschülern, deren Eltern erwerbslos sind, erkennen wir an und sind darüber sogar erfreut. Wir können aber nicht umhin, die in der Berichtigung zum Ausdruck gebrachte Meinung der Schüler und Eltern (?) in der Frage der Bewilligung von städtischen Mitteln für Schulausflüge als grundfalsch zu bezeichnen. Die Ansicht, daß die Schüler keinen zweiten Zuschuß von der Stadt beanspruchen können, weil sie in diesem Jahre schon einmal einen Zuschuß erhalten hatten, steht in stärkstem Widerspruch zu den Schulforderungen der Arbeiterschaft und stellt — gewollt oder ungewollt — eine indirekte Zustimmung zu der ungeheuerlichen Sparpolitik des Magistrats an den Volksschulen dar. Wir halten es für völlig ausgeschlossen, daß die Schüler eine solche Meinung von sich aus vertreten. Wenn einige Eltern ihren Kindern eine derartige Ansicht eingegeben haben sollen, dann wäre das freilich schlimm. Noch schlimmer aber wäre es, wenn die Lehrer der Sammelschule Süd in der Frage der Bewilligung von städtischen Mitteln für die Volksschulen ihre Schüler in diesem Sinne beeinflussen würden. Hat es sich die Lehrerschaft der weltlichen Schule zur Pflicht gemacht, für die skandalösen Abbaumaßnahmen des reaktionären Rive-Magistrats an den Volksschulen noch Propaganda zu machen? Haben die Lehrer ihren Schülern schon einmal erzählt, welche jämmerlichen Beträge die Stadt Halle für einen Volksschüler und welche enormen Summen sie für einen „höheren" Schüler (also für Kinder der besitzenden Kreise) zur Verfügung stellt?

Wir glauben, daß die proletarischen Eltern aus der weltlichen Schule mit uns übereinstimmen, wenn wir erklären, daß eine solche Meinung, wie sie in dieser Berichtigung zum Ausdruck kommt, aufs schärfste zurückgewiesen werden muß. Anstatt die Kinder in einem kämpferischen Geiste zu erziehen, flößt man ihnen den Geist der Bedürfnislosigkeit und Genügsamkeit ein. Die reaktionären Schulmänner und der Rive-Magistrat werden daran ihre helle Freude haben. Die proletarische Elternschaft jedoch muß nach wie vor auch in den weltlichen Schulen für die Durchsetzung der Schulforderungen des Proletariats und gegen den ungeheuerlichen Schulabbau kämpfen.

Heute 20 Uhr große Parteiarbeiterkonferenz

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß heute abend alle Funktionäre der KPD, des KJVD und die kommunistischen Funktionäre in den Massenorganisationen in der Parteiarbeiterkonferenz im „Gesellschaftshaus" erscheinen müssen. Tagesordnung:

Wie organisieren wir die Einheitsfront zum Kampfe gegen Lohnabbau u. Faschismus?

Referent: Genosse Wilhelm Koenen. Parteibuch als Ausweis mitbringen.

Pl. der KPD Halle-Merseburg, Abt. Halle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311203-10/fragment/page=0006

Kommunisten als Bauernfänger"

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung" und andere Blätter eine Mitteilung, wonach die Bauern Rönne und Luhmann eine Ehrenerklärung in einer Versammlung in Lüneburg erklärt hätten, die NSDAP habe ihnen die Begleichung ihrer Schulden versprochen, wenn sie das kommunistische Programm unterzeichnen.

Es soll mitgeteilt worden sein, daß sich der Landvolkführer Reimers der „bolschewistischen" Bewegung angeschlossen habe. Beide Behauptungen sind unwahr. Die NSDAP hat mit Landbund üblichen Methoden der Bestechung von Funktionären nicht nötig. Wir glauben auch nicht, daß Bauern Bick und Luhmann derartige Erklärungen abgegeben haben, sonst müßten wir sie als bewußte Lügner bezeichnen.

Landvolkführer Reimers hat an der soeben zurückgekehrten Bauernbelegation nach der Sowjetunion teilgenommen, ist jedoch nicht zur „bolschewistischen Bewegung" übergetreten, was ihn nicht hindert, aktiv an dem gegen das herrschende System gerichteten bäuerlichen Kampf teilzunehmen.

Der Reichstagsausschuß der Kuomintang hat der chinesischen Regierung einen Entwurf über die Einführung der Militärpflicht in Kraft unterbreitet. Die Einführung der Militärpflicht soll aus geldlichen Gründen stufenweise ab 1. Januar 1932 bis 1936 durchgeführt werden. Nankingtaitschek hat den Entwurf gebilligt.

Theater, Konzerte, Vorträge

Das Abonnement des Stadttheaters als Weihnachtsgeschenk! Das Interesse, das Abonnenten des Stadttheaters in dieser Spielzeit finden, ist zurückzuführen auf die außerordentliche Begünstigung, die dem Käufer eines Abonnements gewährt wird. 15 Prozent Ermäßigung senken den Preis des Abonnements für den 1. Ring aber Sessel von 48.— auf 40.80 Mark, des Sonntags von 43.— auf 36.50 Mark, für den 2. Platz und 2. Ring von 28.— auf 23.80 Mark, für den 3. Platz und 3. Ring von 24.— auf 20.40 Mark. Die 10 Gutscheine des Zehnerheftes gelten für 6 Opern- oder Operettenaufführungen und für 4 Schauspielaufführungen. Die 4 Schauspielgutscheine werden gegen einen Aufschlag von 2.50 Mark auch für Opern- und Operettenvorstellungen eingetauscht. Gutscheine werden zu allen Vorstellungen, die frei gewählt werden können, an der Kasse des Stadttheaters eingewechselt. Selbstverständlich ist eine telephonische Vorbestellung vorgesehen. Bereits jetzt sind die Zehnerhefte an der Kasse des Stadttheaters mit Rücksicht auf das kommende Weihnachtsfest als Geschenkzweck in einer künstlerisch und weihnachtlich ausgestatteten Aufmachung käuflich. Es wäre zu wünschen, daß von der Möglichkeit, das Abonnement als Weihnachtsgeschenk zu verwenden, recht viel Gebrauch gemacht würde.

Weihnachtsmärchen im Stadttheater. Am kommenden Sonnabend, 15.30 Uhr, findet die Aufführung von „Peterchens Mondfahrt" von Gerdt von Bassewitz mit Musik von Clemens Schmalstich statt. Unter der Regie von Elsa Müller wirken mit u. a. die Damen Ruth Andach, Blima Düffer, Hilde Geyer, Irmgard Glaßer, Anni Gollert-Sander und Ilse Weiß, ferner u. a. die Herren Albrecht Feige, Fritz Hanisch, Paul Herlt, Robert Hungk, Wolf Lieber, Rudolf Mathes, Otto Liebmann und Werner Jungen. Bühnenbild: Helmy Bohemia.

Vorschau für Kinder-Kinder. Am kommenden Sonntag findet unter der Spielleitung von Hans Klinz das Puppenspiel „Hans ab von Dalu" von Rudolf Kurz in Szene. In der Erstaufführung wirken mit Gabriele Schneider und Dietrich Wagner, Harald von Anderten, Günther Boehnert und Eugen Eisenlohr. Das Bühnenbild entwarf Peter Kreusen.

Arbeiter-Sport

Die Justiz schützt Faschisten

Kürzlich wurden in Berlin zwei Arbeiter vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie Sportplakate angeklebt haben, die nach dem Urteil politischen Inhalts sind. In der Begründung heißt es:

„Die Worte für „proletarische Wehrhaftmachung" und „Massenübungen der Samariter" haben einen politischen Inhalt. Denn sie weisen — da äußere Feinde bei der bekannten politisch links gerichteten Einstellung nicht gemeint sein können — auf innere Kämpfe, auf Bürgerkrieg hin, der sich gegen Faschismus und den Stahlhelm richtet ... Es sind Schlagworte, die die politisch Gleichgesinnten zusammenführen sollen und aufreizend wirken müssen."

Also weil sich die Plakate mit gegen Faschismus und Stahlhelm richteten, sind die Plakate der Sportler politisch, so sagt wenigstens das Gericht, daß die Faschisten unpolitisch sind und daß die Arbeiter bestraft werden, wenn sie sich gegen den Faschismus wehren.

Bezirk Eisleben, Handballsparte

Wettspiele für Sonntag, den 6. Dezember

14 Uhr:	Schraplau Alte Sportler—Querfurt 1	Oberröblingen
13 „	Oberröblingen 1. Schüler—Eisleben 1. Schüler	Unterröblingen
14 „	Oberröblingen 3—Eisleben 2	Unterröblingen
15 „	Oberröblingen 1—Eisleben 1	Unterröblingen
15 „	Eisleben Jgd.—Hornburg 1	Erdeburn

Sonnabend, den 12. Dezember, 18 Uhr, in Eisleben (Turnhalle) Handballbörse.

Bezirk Eisleben, Fußballsparte

Schiriversammlung

Am Sonnabend, den 5. Dezember, 19 Uhr, findet in Eisleben, Ludwig-Jahn-Turnhalle, unsere Generalversammlung statt. Sämtliche Schiris haben zu erscheinen. Schiriausweise mitbringen. H. Gebhardt, Schiriobmann.

Landesfußballsparte

Montag, den 7. Dezember 1931, abends 18.30 Uhr, findet im Promenaden-Restaurant, Universitätsring 17, die Verhandlung des Einspruchs Bruckdorf statt. Hierzu werden Bruckdorf, Reideburg und der Bezirksvertreter geladen. Unterlagen sind mitzubringen.

Die Einspruchskommission. JM: Heinrich.

Alle Bezirksportwarte haben bis spätestens zum 15. Dezember 1931 die Namen der Vereinsvorsitzenden und der Sportleiter an die Kreisleitung Halle, Burgstraße 4, oder an meine Wohnung, Halle, Gr. Brauhausstraße 19 zu senden. Neben dieser Anforderung in der Presse haben bereits alle Bezirksportwarte Rundschreiben erhalten. Pünktliches Einsenden (Schlußtermin 15. Dez.) ist Pflicht.

Achtung! Spartan-Jugend-Leiter Bezirk Halle.

Montag, den 7. Dezember, abends 7 Uhr (19 Uhr) in der Landesleitung, Burgstraße, eine wichtige Sitzung aller Spartan-Jugend-Leiter. Jeder Genosse muß einen Bericht über geleistete Arbeit geben. Nichterscheinen wird zur Rechenschaft gezogen.

Walter König, Bez.-Jgd.-Obmann.

VEREINSMITTEILUNGEN

Sportvereinigung Achilles von 1890 Halle

Unsere letzte Versammlung im alten Jahre findet am Freitag, dem 4. Dezember, 20 Uhr, im Vereinslokal „Zum Hettstedter Bahnhof", Mansfelder Straße 43, statt. Restloses Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Alle diejenigen Mitglieder, welche noch mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, müssen in dieser Versammlung ihre Pflicht erfüllen. Der Vorstand.

Rundfunk-Programm

Freitag, 4. Dezember

6.30 Uhr: Funkgymnastik. Anschließend bis 8.15 Uhr: Frühkonzert. 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst. Verkehrsfunk und Tagesprogramm. 10.10 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Werbenachrichten. 12 Uhr: Wetterdienst, Wasserstandsmeldungen und Schneebericht. 12.10 bis 14 Uhr: Mittagskonzert. Dazwischen 12.55 Uhr: Bauernfunk. 13 Uhr: Wetterdienst, Wasserstandsmeldungen und Schneebericht. 13.10 Uhr: Wettervorhersage, Presse- und Börsenbericht. 14 Uhr: Kurzberichte. 14.20 Uhr: Zum 50. Todestage Wilhelm Leibls. 14.30 Uhr: Studie des Mitteldeutschen Rundfunks. 15.15 Uhr: Dienst der Landfrau. 15.35 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16—16.15 Uhr: Kostenlose Selbstanfertigung von Winterfütterungen für Vögel. 16.30—17.30 Uhr: Tanzmusik. 17.30 Uhr: Wissenschaftliche Umschau. 17.50 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. Anschließend: Wettervorhersage und Zeitangabe. 18 Uhr: Lehrerdichter der Gegenwart. 18.25 Uhr: Sprachenfunk: Englisch. 18.50 Uhr: Im Atelier des Bühnenbildners. 19.30 Uhr: „Das Erlebnis des Zufalls". 20 Uhr: Kabarett: „Spielstube der Gerber". 22.15 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 23.30 Uhr: Unterhaltungsmusik.

Wie wird das Wetter?

Freitag: Zunächst weiter auffrischende Winde auf Südwest bis Süd drehend, Frost, Schneeflocken, später Windumgang auf Südwest und Tauwetter mit wiederholtem Regen.

Sonnabend: Unruhiges, veränderliches Tauwetter wahrscheinlich.

Verantwortlich: Gustav Doll, Halle, für den gesamten Inhalt; Arthur Burkert, Halle, für den Anzeigenteil.

MIT S+F-BACKARTIKELN – auch dieses Jahr Christ-Stollen!

Weizenmehl 000 ... Pfd. 22
Auszugmehl glatt ... Pfd. 27
Auszugmehl griffig .. Pfd. 30
Bei Abnahme von ½ Pfund sind alle Sorten 1 Pf. pro Pfund billiger
Das Feinste für den Christstollen! S&F-Magnetmehl ..... Pfd. 30
Margarine Pfd. 90, 70, 65, 50 38
Schmelzmargarine Pfd. 95, 70 60
Schmelzbutter .... Pfd. 190
Schmalz ..... Pfd. nur 50
Kokosfett .... Tafel 50 35 32
S&F-Butter Stück 78 74 68 62 58

Solange Vorrat!
Riesenmandeln süß, hoch feine . Pfd. 165
Süße Mandeln . Pfd. 140 128
Bittere Mandeln .. Pfd. 130
Mandelersatz süß .. Pfd. 52
Kokosnuß geraspelt . Pfd. 40
Besonders preiswert Haselnußkerne .. Pfd. 110
Citronat feine Qualität . Pfd. 105
Korinthen ..... Pfd. 58
Sultaninen ..... Pfd. 44
Sultaninen schön helle .. Pfd. 78 60
Sultaninen allerfeinste . Pfd. 95

SONDER-ANGEBOT
Preise nur gültig bis Dienstag
Edamer halbfett ¼ Pfd. 13 ..... Pfd. 50
Cervelatwurst holst. ¼ Pf. 38 33
Plockwurst schnittfest ¼ Pfd. 33 28
Schinken pt. Vorder-Schinken ¼ Pf. 35
Fetter Speck geräuch. ¼ Pf. 23
S&F-Vollmilch .... Dose 50
Mandarinen süß u. saftig Pfd. 26
Haselnüsse ..... Pfd. 60
Walnüsse ..... Pfd. 55

EIN S&F-SCHLAGER: Muskatwein 1/1 Flasche süß. Dessertwein m. Glas 98
Pfeffernußmischung ½ Pfd. 36
Kokos-Makronen .. ¼ Pfd. 22
Weiße Lebkuchen . ¼ Pfd. 30
Elisen-Lebkuchen . ¼ Pfd. 35
Die Einlösung der S&F-Werbegutscheine f. praktische Haushaltgegenstände muß bis zum 10. Dezember in den nachstehenden Filialen erfolgen:
Steinweg 13
Geistestraße 61
Am Steintor 7
Reilstraße 3
5% Rückvergütung

SCHADE & FÜLLGRABE GmbH

Haus „Zur Sonne"
Richard-Wagner-Straße
Freitag, den 4. Dezember
Schlachtefest
Es laden freundlich ein der Wirt Richard Gessing u. Frau

Wunderlich
Gr. Steinweg, Jüdenstr. 41
Aufgenommen:
Damen-Strickkleider
Stück 13.— M.

Monopol-Keller
Weißenfels, Marienstraße 48
Das anerkannt billige Speisehaus
Freitag und Sonnabend
Groß. Doppel-Schlachtfest

Der erste Blick
der Hausfrau fällt auf den Inseratenteil, sie sucht vorteilhafte Einkaufsquellen!

Moderne elegante Damen-Mäntel
auf Teilzahlung
Wochenrate 2 M.
Paul Sommer
Leipziger Straße 14 I u. II

Vervielfältiger Schreibmaschinen auch gebraucht
Aug. Weddy, Jaschke & Klautzsch
Halle (Saale) – Bürobedarf
Leipziger Straße 22/23 — Tel. 24758/26390

Schuhwaren
Als besonders preisw. empfehle:
Damen-Lackspangenschuh Paar 4.90 M.
Damen-Spangenschuh farbig Paar 4.90 M.
Damen-Kamelhaarschuh Paar 1.85 M.
sowie alle andern Schuhwaren in größter Auswahl. Ware aus eigenem Bestand, keine Partieware
Schuhwarenhaus
Moritz Gebhardt
Merseburg, Roßmarkt 5

Ulzerin-Tee
Das bewährteste Blutreinigungsmittel
Adler-Apotheke, Wittenberg

Margarete Schaumburg
Weißenfels, Langendorfer Str. 2
Empfehle täglich frische Fisch- und Grünwaren zu zeitgemäßen Preisen

Roggenbrot, Thüringer Landbrot, Roggenschrotbrot, ärztl. empfohlen, in Weißbrot, Brötchen, Zahnen- und Obstkuchen sowie Sahnenmittelkuchen empfiehlt täglich frisch
Otto Gutgesell
Bäckermeister
Weißenfels, Nicolaistraße 43

Schirme, Spazierstöcke, Handschuhe (Stoff und Leder) kaufen Sie vorteilhaft im Fachgeschäft
Ww. Marie Müller
Merseburg, Burgstraße 6
Reparaturen und Bezüge

Vorteilhafte Weihnachtsangebote in Kleiderstoffe, Wäsche, Strümpfe und Herrenartikel
Preiswert wie immer
Sonntag geöffnet
C. Kuntz Nachf. Müller
Piesteritz, Schulstraße 30

Verantwortung und Vertrauen

Würde es denn immer weiter gehen: Die Sparer halten nicht still und ziehen unentwegt und unüberlegt ihre Einlagen ab. Die Sparkasse zahlt aus. Nach Aufbrauch ihrer flüssigen Mittel und Einbehaltung zurückströmender Kredite stößt sie alle irgendwie verkäuflichen Werte ab, sei es auch mit Verlusten. Eine Zeit lang versucht sie, in der Hoffnung auf Beruhigung der Sparer, deren Ansprüche durch Aufnahme von Krediten zu befriedigen. Das Reich, die Reichsbank und andere zentralen Geldanstalten unterstützen sie dabei.

In der Zeit würde weiterschreiten. Nun müßte die Sparkasse mit den schwersten Bedenken dazu übergehen, die ausgegebenen Kredite zu kündigen und zurückzurufen. Erst nur die dringenden, dann die langfristigen, z. B. Hypotheken. Die Kreditnehmer, meist dem ohnehin bedrängten Mittelstand angehörend, würden nirgends einen Geldgeber finden, der die Lücke ihrer ausfüllt. Nach verzweifelten Versuchen, sich noch zu halten, würden erst die schwächeren Unternehmungen zusammenbrechen. Nicht lange, und das Verhängnis ergreift auch die besten und stärksten. Lieferanten erleiden Verluste, Arbeiter werden auf die Straße geworfen. Die ohnehin vorhandene Schrumpfung der Wirtschaft nimmt noch mehr zu. Der allgemeine Zusammenbruch kommt.

Verursacht der ängstliche Sparer! Vielleicht weiß er es noch nicht. Hiermit sei es ihm gesagt. Und das, was er will und wozu er sehr wohl ein Recht hat, nämlich seine Ersparnisse zurückzustellen, erreicht er nicht. Sein Geld im Sparstrumpf, die zusammengekauften Waren, sonstige Anlagen seines Geldes, dies alles wird im Untergang mit hineingerissen und entwertet.

Jede und verantwortungsbewußte Sparer begreift nun und läßt sein Geld bei uns oder bringt es wieder zurück zur

Sparkasse des Saalkreises
Hauptstelle: Halle a. S., am Stadttheater
7 Zweig-, 28 Annahmestellen, 40 Schulsparkassen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311203-10/fragment/page=0007

WALHALLA

Beifall ohne Ende

erntet die entzückende Operette

Die lustige Witwe

mit ihren bezaubernden Melodien und Schlagern

Gastspiel! **Marta Fiery** und die **gr. Starbesetzung**

Gewöhnliche Preise

Stadt-Theater

Heute, Donnerstag 20 bis 23¼ Uhr

Aida

Oper von G. Verdi

Freitag 20 bis 22¼ Uhr

Robin ensde

kom. Oper von J. Offenbach

Zahlung der 3. Stadtmk. Rate erb.

Aus

Heeresbeständen

und anderen

Militär-Strickwesten, neu	2.50
Militär-Wollsocken, neu	0.85
Militär-Drillhosen u.-hosen, je	1.50
Militär-Decken	1.85
Militär-Unterhosen	1.10
Militär-Hemden	1.00
Militär-Röcke, feldgrau	4.75
Militär-Röcke, feldgrau, neu	18.50
Militär-Mäntel, feldgrau, neu	27.50
Militär-Mäntel, feldgrau schwer	9.50
Militär-Joppen, schwarz	8.50
Militär-Joppen, feldgrau	9.75
Militär-Fausthandschuhe	0.85
Militär-Reit-Hosen	7.75
Militär-Tuch Hausschuhe	1.85
Militär-Hosen, feldgrau, neu	8.75
Chaisedecken, schöne Muster	0.95
Pullover und Strickwesten, moderne Ausmusterung, an	4.50
Pilot-Hosen	3.80
Windjacken, Imprägniert	6.85
Arbeitsschuhe Rindleder, gute Qualität	8.85
Halbstiefeln, Rindleder	12.75
Langstiefeln, Rindleder	23.75

Versand nach außerhalb gegen Nachnahme

Siegmund Schwarz

G. m. b. H.

Halle a. S., Gr. Märkerstr. 5

3 Geschwichter

rühmen heute

Tittel's Traubone

Merkt's

Ihr Bräute!

Massiv Gold

333 585, 750 od. 900 gestempelt, d. Stck. 4.— 40 M.

Juwelier Tittel

Trauringecke Schmeerstr. 12

3 Margarine-Werbetage!

Margarine, die wie Butter schmeckt

gibts bei

Niedermeier!

Von Donnerstag bis Sonnabend erhalten Sie

für 63 Pf. 1 Pfd. Margarine

Niedermeiers Sonnenblume (excl. Gutschein)

und 2 Biergläser mit Schliff!

Durch eine besondere Gelegenheit kauften wir ca **30000 Stück Biergläser**

Darum erhalten Sie dieselben jetzt zu unserem Einkaufspreis!

1 Pfd. Kokosfett und 1 Bierglas mit Schliff	
10 Stck. zarte Fettheringe und 1 Bierglas mit Schliff	
1 Dose Ölsardinen und 1 Bierglas mit Schliff	
1 Pfd. saure Sardinen lose und 1 Bierglas mit Schliff	
4 Stck. Bratheringe und 1 Bierglas mit Schliff	
½ Pfd. Fleischsalat mit ¼ Pfd. Pfeffergurken und 1 Bierglas mit Schliff	
1 Pfd. helle Sultaninen und 1 Bierglas mit Schliff	
1 Pfd. Kokosraspel und 1 Bierglas mit Schliff	
¼ Pfd. süße Mandeln u. 3 Pak. Vanillezucker und 1 Bierglas mit Schliff	
1 Pfd. Mohn und 1 Bierglas mit Schliff	
½ Pfd. Korinthen u. 3 Pak. Vanillezucker und 1 Bierglas mit Schliff	
1 Pfd. helle Linsen und ½ Pfd. Pflaumen und 1 Bierglas mit Schliff	
1 Pfd. Bohnen und 1 Pfd. gebr. Gerste und 1 Bierglas mit Schliff	
1 Pfd. Eierschnittnudeln und 1 Bierglas mit Schliff	
10 Pfd. Salz und 1 Bierglas mit Schliff	
1 Dose à 2 Pfd. Schnittbohnen und 1 Bierglas mit Schliff	

50 Pfennig

goldgelbe Zitronen 3 Stck. 10 Pfg.

frisch geräucherte Sprotten 1 Pfd. Kiste

Niedermeier G. m. b. H.

Geiststr. 47, Gr. Brauhausstr. n. d. Ritterhaus

Ammendorf, Hallische Str. 184

Infolge der vorgeschrittenen Saison hatten wir Gelegenheit, große Warenposten modernster Modewaren unter Preis zu erwerben, mit denen wir

WEIHNACHTS-VERKAUF

eröffnen. Wir empfehlen Ihren rechtzeitigen Einkauf und weisen darauf hin, dass wir gekaufte Ware bei gerin Anzahlung auf Wunsch bis 20. Dezember reservie

Ein Posten **Wollweeds** nur beste Qualitäten, darunter wertvolle schwere Diagonals, bes. elegante Frads in den Modefarben braun, grün und marine . . . . . 1.95 — 1.6

1 Riesenposten hochmoderner **Schotten** aus reiner Wolle schwere Nattbindung braun, grün und marine Grund für lotte Kleider und Sportröcke . . . . . Besonderpreis — 1.9

Ein Posten doppeltbreite **Marocains** aus Kunstseide, schwarz und viele Modefarben, preiswert und haltbar . . . . . — 1.9

Ein Posten reinwollener **Afghalaines** 130 cm breit, der elegante und haltbare Modestoff in großer Farbenauswahl . . — 3.9

Ein großer Posten **Offenbacher LEDERWAREN** in allen Lederarten und modernen Formen, darunter auch **Abendtaschen** aus Seide zu überraschend **billigen Weihnachtspreisen**

Ein Posten **Nappa-Handschuhe** für Damen, ganz durchgefüttert . . . . . 4.95 — 3.9

Wir weisen auf unseren **Serien-KLEIDER-VERKAUF** den wir bereits anzeigten, nochmals hin, da er den größten Anklang bei unseren Kunden findet, die gerne Gelegenheit zu einem billigen Weihnachtskauf benutze

BRUMMER UND BENJAMIN

HALLE GR. ULRICHSTR.

Zur Weihnachtsbäckerei

Ia Molkerei-Butter ½ Pfd.	0.63
Feinste „ „ ¼ Pfd.	0.68

Frisch eingetroffen!

Feinste bayr. Schmelz-Margarine Pfd. **0.60 0.68 0.78 0.88**

Tafel-Margarine Pfd. **0.40 0.45**

Stollenmehl aus der Herrenmühle 5 Pfd. **1.20**

Kaiser-Auszug. . . 5 Pfd. **1.45**

Mandeln — Sultaninen — Zitronat

Alles in bester Qualität

Auf alle Backartikel noch 5% Rückvergütung

Höppner

Butter-Spezialgeschäfte

Weißenfels

Jädenstr. 10, Merseburger Str. 32

Prima Fleisch- und Wurstwaren

empfiehlt

Hugo Hoffmann

Rossschlächterei **Weißenfels**

Rindhofstr.

Außerst preiswert Schlafzimmer-Schränke

Eiche Birke, Nußbaum imit.

130 cm mit Wäschekonsr.	81.—
130 cm mit 3 tl. Ansichtsl.	102.—
130 cm m. W. u. Spiegel	125.—
150 cm m. W. u. Spiegel	156.—

Flurgarderoben **29. bis 75.—**

Gebr. Jungbhut Halle a. S.

Albrechtstraße **37**

Konsum-Verein Hohenmölsen-Teuchern

e. G. m. b. H. zu Hohenmölsen

Während der Zeit

vom 7. bis 24. Dezember

gewähren wir uns Mitgliedern auf sämtliche

Textil- und Schuhwaren

Wir bitten unsere Mitglieder weiter

sämtliche Backartikel

nur in dem Konsumverein einzudecken

Gute Qualitäten Niedrige Preise

Warenabgabe nur an Mitglieder

Ein billiges Mittagessen ein billiger Sonntagsbraten

dabei von köstlichem Geschmack sind Seefische aus der

Nordsee

Schellfisch ohne Kopf	Pfd. 22 Pf.
Goldbarsch o. Kopf	„ 23 „
Kabeljau ohne Kopf	„ 25 „
Seelachs u. Schellfischfilet	„ 40 „
Goldbarsch- u. Kabeljaufilet	„ 45 „
Kabbonaden, bratfert.	„ 35 „
Grüne Heringe	„ 22 „

Tägl. frische Räucherwaren

Probier Sie uns. Räucheraale, das feinste, was es darin gibt, sehr preiswert, Rieienauswahl

Echte Sprotten

1 Pfund-Kiste nur . . . 38 „

Fisch-Delikatessen

werden gern gegessen, dabei sehr billig

Backfisch

heiß aus der Pfanne

eine Delikatesse . Pfd. 70 Pf.

große Portion mit Kartoffelsalat . . . . . 50 Pf

unsere Fischbackstube Ulrichstr. ist Sonntags vor Weihnachten von 12—7 Uhr geöffnet

Gelegenheitskauf von Sprech-Apparaten

Tisch-Modell v. RM. 27.— an

Schrank- „ v. RM. 50.— an

Lautwerke v. RM. 4.— an

Schalldosen v. RM. 1.— an

Plattenteller RM. —.75 an

Tonarme (Saltz) RM. —.50 an

Für Apparate Teilzahlung gewährt.

K. Möller

Halle/Saale **Schmeerstraße 1**

Zigarren Zigaretten Tabake

eigene Fabrikate

C. O. Meyer

Delitzsch

Hallesche Straße

Weihnachts-Backwaren!

Sultaninen, 1930er	1 Pfd.	44 ₰
Sultaninen, 1931er, helle Frucht	1 Pfd. 80, 68,	60 ₰
Mandeln, süß	1 Pfd. 160, 140,	128 ₰
Mandeln, bitter	1 Pfd. 145,	128 ₰
Korinthen	1 Pfd. 62,	65 ₰
Zitronat, hell	1 Pfd. 108,	96 ₰
Schmelzmargarine	1 Pfd. 68,	60 ₰
Mohn, auch gemahlen	1 Pfd.	40 ₰
Vanille, extra frisch	1 Stange	12 ₰
Mandel-Ersatz	1 Pfd.	40 ₰
Kokos, geraspelt	1 Pfd.	38 ₰
Weizenmehl im 5-Pfd-Beutel	1 Pfd. 24,	22 ₰
Zucker, gemahlen	1 Pfd.	35 ₰

5 Prozent Rückvergütung sofort in Rabattmarken

Für unsere Kunden — Für unsere Kunden

GOLDENE SIEBEN in allen Stadtteilen

Rückvergütung in Rabattmarken **5%**

Kluge Hausfrauen

wählen stets

beste Qualitäten

und bevorzugen daher unsere

Margarine

Spezialmarken

„C.E.Feinkost" ges. gesch.	Pfund	1.00
„Valvera"	„ „	90
„Flamanta Eigelb"	„ „	80
„F.M.Eigelb"	„ „	75
„Unsere Ueberzeugung"	„ „	70
„Prima Landsegen"	„ „	65
„Gute Haushalt"	„ „	58
„Ceha"	„ „	48
„1-Pfund-Würfel"	„	44

Auf alle Waren unseren bek. Rabatt!

Butter Groß-Handlung **Hammonia**

Größtes Butter- und Margarine-Spezial-Geschäft Deutschlands

Verkaufsstelle: Halle, Gr. Ulrichstr. 47

Besonders billige Schlafzimmer-Schränke

von Mk. 44.— an

130 cm breit, mit Wäschef. Mk. 78.— 130 cm breit, mit Steilg. Ansicht und Wäschef. Mk. 95.— 130 cm breit, mit Wäschef. u. Spiegel Mk. 109.—

Waschkommoden mit Spiegel von Mk. 80.— an

Nachtschränke von Mk. 15.— an

Bettenhaus Bruno Paris

Halle a.

Kl. Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9 3 Min. vom Markt

Transport frei.

Auf Wunsch Zahlungserleichterung

Unsere Fenster Weihnachtsschmuck

Die neuesten Modelle für den Winter

Schuhwaren Konfektion Wäsche

für Damen, Herren und Kinder

Gegen Teilzahlung oder Anzahlung

Fritz Schauerhammer

Dammstraße 1

An der Pfennigbr.

Am Sonntag ge

Wir verleihen Smoking-An

Zum Weihnachtsfest!

Gut und preiswert kaufen Herren- und Knabenkleidung

M. Pietzak, Pieste

Fragen Sie Ihren Freund oder Nachbar, er wird Ihnen sagen: bei

H. Wiebach, Kl. Ulrichstr. 11/12

kaufen Sie gut und billig!

Herren-Rindbox-Schnürstiefel	7.75
„ braun Sportstiefel	10.00
„ Rindbox Schnürschuh	6.50
„ Rindleder-Arbeits-Schnürstiefel	6.90
Damen-Lackspangenschuh	6.90
„ Spangenschuh modebraun	6.50

Filz- und Kamelhaarschuhe

Gummi-Ueberschuhe

große Auswahl, billige Preise

Bilanz am 30. Juni 1931

Aktiva	Mark	Passiva	Mark
1. Betriebswerte	963 756.95	1. Eigene Mittel	217 573.92
2. Grundstückswerte	651 514.—	2. Gläubigerschulden	281 117.34
3. Angel. und flüssige Werte	214 645.08	3. Verpflichtungen	777 838.63
4. Forderungen	2 614.86		
	1 232 530.89		1 232 530.89

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Juli 1930 4323 Mitglieder

Zugang im Geschäftsjahr 1930/31 . . . . . 297 „

5620 Mitglieder

Abgang im Geschäftsjahr 1930/31 . . . . . 272 „

5348 Mitglieder

Das Geschäftsguthaben der Mitglieder betrug am 30. Juni 1931 . . . . . 86 678.37 Mark

Die Haftsumme der Mitglieder betrug am 30. Juni 1931 . . . . . 130 440.— Mark

Zeitz, den 4. Dezember 1931.

Konsum- und Produktiv-Verein zu Zeitz e. G. m. beschr. Haftpflicht.

Otto Krause. A. Heidenreich.

Am 29. November d. J. verschied plötzlich und unerwartet der Kreisarzt des Saalkreises

Herr Medizinalrat Dr. Karl Heimbucher

Seit dem 1. Oktober 1924 war der Verstorbene in seinem Amte tätig. In der Zeit vom 1. November 1925 bis 1. April 1927 leitete er das Fürsorgestelle für Tuberkulose des Saalkreises und vom 1. April 1927 bis 1. August 1927 war er als Kreiskommunalarzt nebenamtlich tätig.

Nicht nur seine Tätigkeit als Arzt, sondern auch sein tiefes Verständnis für die Nöte der Zeit und der Menschen schufen das Vertrauen und die Beliebtheit, welcher der Verstorbene allgemein erfreute.

Wir trauern um den Arzt und Menschen und werden seiner stets gedenken.

Halle a. d. S., den 2. Dezember 1931.

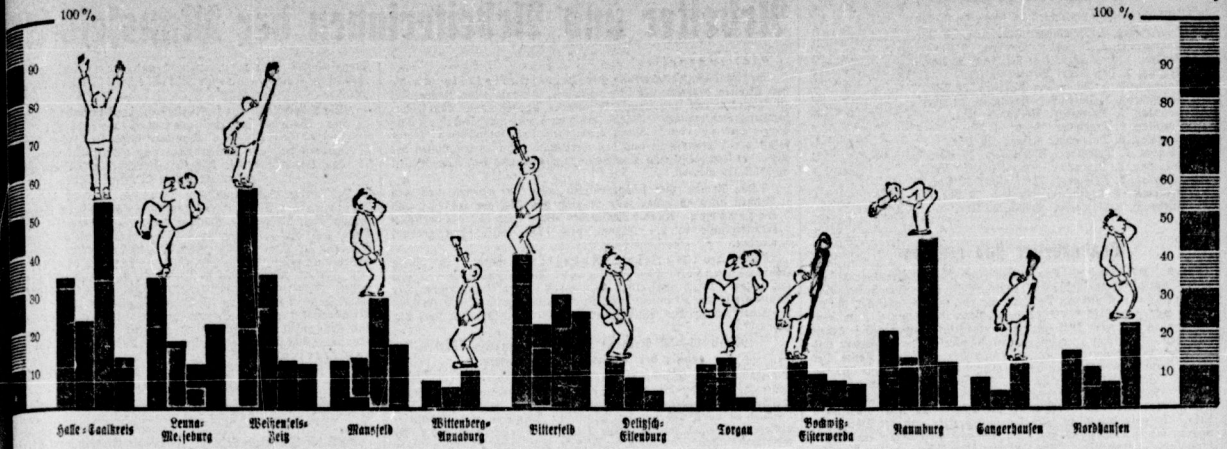
Der Kreisausschuß des Saalkreises

Streicher, Landrat

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311203-10/fragment/page=0008

Das Soll in Weißenfels überschritten!

Weißenfels-Zeitz steht an der Spitze aller Unterbezirke — Parole für alle: Weißenfels einholen!



Betriebsergebnisse ungenügend!

Nachstehende Tabelle illustriert den Stand der Werbearbeit am Ende des Monats November, in dem 40 Prozent erreicht werden müssen. Zum besseren Verständnis lassen wir nachstehend eine Erläuterung folgen. Diese Aufstellung gibt in Prozentzahlen das erreichte Soll an. Die erste Zahl illustriert den Stand der Werbung am Ende des Monats November und die zweite den Stand am Ende des Monats Oktober. Zieht man die zweite Zahl von der ersten ab, so ergibt sich das Werbeergebnis des Monats November allein.

Unterbezirk	Mitglieder	Betriebsarbeiter	Abonnenten	Betriebszellen
Halle-Saalkreis	33,8 — 19	23,5 — 13	52 — 46,6	11 — 11
Leuna-Merseburg	33 — 20	16,6 — 9	10,7 — 10,7	22,2 — 22,2
Weißenfels-Zeitz	57,1 — 29,5	30,6 — 19	12,6 — 9	11,1 — 11,1
Mansfeld	12,7 — 6,3	12,8 — 6	30 — 17	16,6 — 11,1
Naumburg	8,5 — 4,6	6,5 — 0	9,7 — 9,7	0 — 0
Bitterfeld	40,1 — 22	22,2 — 12	33,1 — 25,1	24,9 — 16,6
Delitzsch	13 — 10	8 — 7,3	4,7 — 2,7	0 — 0
Torgau	12,3 — 2,5	13,5 — 3,5	3,3 — 0	0 — 0
Bochwitz	12,7 — 8,5	10 — 6	8,6 — 8,6	8,3 — 8,3
Wittenberg	22,5 — 9	13,5 — 3,5	44 — 44	11,1 — 11,1
Nordhausen	9,5 — 5	4,8 — 2	10,4 — 10,4	0 — 0
Sangerhausen	16,5 — 12	9,3 — 8	6,5 — 6,5	22,2 — 22,2

Weißenfels-Zeitz steht an der Spitze. Er hat sein Werbesoll an Mitgliedern um 17,1 Prozent überschritten. Ihm folgt Bitterfeld, der das Soll um 0,1 Prozent ebenfalls überschritten hat. Ein relativ gutes Ergebnis haben auch die Unterbezirke Halle-Saalkreis und Leuna-Merseburg zu verzeichnen. Naumburg hat gerade das Oktober-Soll um 2,5 Prozent überschritten. Die übrigen Unterbezirke haben nicht einmal das Oktober-Soll erreicht. Torgau, früher der schlechteste Unterbezirk, hat stark aufgeholt. Auf dem Gebiete der Betriebswerbung, insbesondere der Gründung von neuen Betriebszellen, hat kein einziger Unterbezirk das November-Soll erreicht. An der Spitze steht Weißenfels-Zeitz mit 30,6 Prozent. Er hat im November mehr Betriebsarbeiter als im Oktober geworben. Der zweitbeste Unterbezirk ist Halle-Saalkreis. Jedoch hat auch dieser Unterbezirk im Monat November weniger Betriebsarbeiter als im Oktober geworben. Der drittbeste Unterbezirk ist Bitterfeld mit 22 Prozent. Auch hier wurden im November weniger Betriebsarbeiter als im Oktober gewonnen. Die Unterbezirke Wittenberg, Torgau, Naumburg, haben auf dem Gebiete der Betriebswerbung stark aufgeholt. Wir werden in einem besonderen Artikel auf die Ergebnisse der Novemberwerbung noch zurückkommen. Für heute können wir lediglich feststellen:

Es ist nicht wahr, daß es schwierig wäre, Betriebsarbeiter für die Partei zu gewinnen. Die so überaus erfolgreiche Arbeit des Rasjuvorstoßes in Leuna ist wieder ein Beweis dafür, daß die Betriebsarbeiter zu uns stehen, daß sie in der Kommunistischen Partei ihre Partei sehen! Es liegt an uns. Bei richtiger Anleitung, bei zäher Beharrlichkeit, wird es uns gelingen, das Novembersoll voll zu erreichen und das in der Vergangenheit versäumte voll aufzuholen!

Trotz dieses relativ guten Ergebnisses hat Weißenfels-Zeitz nicht verstanden, Betriebsarbeiterinnen der Partei zuzuführen. Auf dem Gebiet der Werbung von Betriebsarbeiterinnen steht der Unterbezirk Naumburg mit 20 Prozent an der Spitze. Die schlechtesten Unterbezirke sind Sangerhausen, Delitzsch und Leuna-Merseburg, die auch nicht eine Betriebsarbeiterin gewonnen haben. Hier muß sofort eine Aenderung eintreten!

107 „Echo"-Leser in einer Woche

In der letzten Woche wurden für das „Mitteldeutsche Echo" 107 Abonnenten geworben. Das Ergebnis verteilt sich wie folgt: Halle und Süden mit 10 an der Spitze steht. Saalkreis 41, Elsterberg 4, Torgau 1, Bitterfeld 27, Delitzsch 6, Mansfeld 1, Leuna-Merseburg 3.

Noch Frauenwerbung ungenügend

Nachstehend der Prozentsatz des erreichten Solls auf dem Gebiet der Frauenwerbung. Die erste Zahl gibt den Stand von Ende November und die zweite von Ende Oktober an:

Unterbezirk	Frauen-Mitglieder	Betriebsarbeiterinnen
Halle-Saalkreis	17,6 — 10,3	8,5 — 5,2
Leuna-Merseburg	21,8 — 12,5	0 — 0
Weißenfels-Zeitz	29,4 — 24,5	3 — 2
Mansfeld	4,5 — 2,5	1,5 — 1,5
Wittenberg	3 — 2	6,6 — 4
Bitterfeld	14 — 7,5	1,3 — 1,3
Delitzsch	5,5 — 3	0 — 0
Torgau	7,2 — 0,75	8,6 — 2
Bochwitz	2,7 — 2	0 — 0
Naumburg	5,4 — 4	20 — 13
Sangerhausen	3 — 1,5	0 — 0
Nordhausen	2,3 — 1,5	2 — 2

Die Aufstellung zeigt, daß kein einziger Unterbezirk das November-Soll, das bekanntlich 40 Prozent betrug, erreicht hat. An der Spitze steht Weißenfels-Zeitz mit 29,4 Prozent.

Meldungen von der Werbefront

Nachstehend veröffentlichen wir mehrere verspätete Meldungen über die Ergebnisse der Sonntagswerbung:

Landsberg: 10 Abonnenten für den „Klassenkampf" und 9 für das „Echo". 120 Broschüren verkauft.

Blumberg: 5 Parteiaufnahmen. Verkauft wurden 7 Bauernzeitungen, 30 Broschüren, 6 Abreißkalender usw.

Teuchern: 21 Parteiaufnahmen, darunter 2 Betriebsarbeiter und 2 SPD-Arbeiter, 3 „Klassenkampf"- und 1 „Echo"-Abonnenten. Seit Mittwoch insgesamt 37 neue Parteimitglieder geworben.

Mutzschau: 6 Neueintritte, darunter 2 Betriebsarbeiter. Seit Donnerstag sind 10 Jungarbeiter und 6 Parteigenossen geworben.

Jauchа: 1 Parteiaufnahme.

Zelle Siedlung Teuchern meldet 7 weitere Aufnahmen, darunter 1 Betriebsarbeiter.

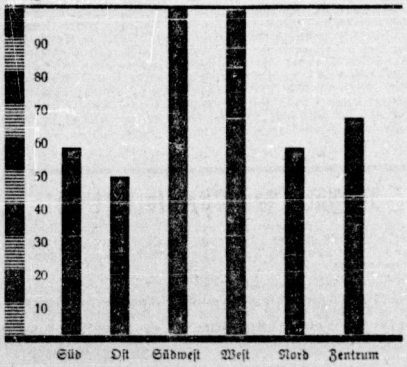
Hundert Prozent überschritten!

69 Prozent des Gesamtsolls erreicht

Das Pressesoll für den „Klassenkampf" der Ortsgruppe Halle beträgt 500 neue Abonnenten. Der gegenwärtige Stand der Werbung sieht wie folgt aus:

Stadtteil	Soll	Haben	erreicht in Prozenten
Südwesten	65	66	101,5
Westen	80	80	100
Zentrum	85	57	67
Süden	85	50	59,4
Norden	85	48	57
Osten	100	48	48
insgesamt	500	349	69

Der Stadtteil Südwesten hat sein Soll um einen Abonnenten bzw. 1,5 Proz. bereits überschritten. Der Stadtteil Westen hat die 100 Prozent erreicht. Am Gesamtsoll der Ortsgruppe Halle fehlen nur noch 31 Prozent. Genossen, noch einen Ruck. Der Krebs muß aus Halle heraus! Die noch fehlenden 151 Abonnenten für den „Klassenkampf" werden wir mit Leichtigkeit holen. Wer von den Stadtteilen wird davon die meisten bringen? Was im Südwesten und Westen möglich ist, ist in den anderen Stadtteilen ebenfalls kein Ding der Unmöglichkeit.



. . . darunter acht Tote!

„Unsere Straßenzelle besteht aus neun Mann, darunter acht Tote, die an keiner Parteiarbeit teilnehmen . . ."

„Vor etwa drei Wochen haben wir eine Aktivgruppe aus acht Genossen gegründet. Am gestrigen Werbesonntag führten wir einen Appell durch. Der Leiter der Aktivgruppe war nicht erschienen. Die Mitglieder der Aktivgruppe waren ebenfalls nicht da . . .".

„Wir haben unsere kleine Ortsgruppe in drei Straßenzellen eingeteilt. Nun arbeitet keine von ihnen . . ."

„Wir haben nichts geworben. Die Mehrzahl der Genossen verweigert einfach jede Arbeit . . ."

„Wir haben während der Werbekampagne elf Austritte zu verzeichnen . . ."

„Wir haben unseren Polleiter gewechselt und nun stockt die Arbeit . . ."

„In einer von fünfzig Genossen besuchten Funktionärsitzung wurde die Frage gestellt, wer von den Anwesenden einen bestimmten Leitartikel im „Klassenkampf" gelesen hat. Zehn Hände gingen in die Höhe . . ."

„Ein Erwerbslosenausschuß stellte auf die Initiative unserer Fraktion ein Arbeitsbeschaffungsprogramm auf. Darin fordert er, daß die Gehälter auf höchstens 3000 Mark monatlich abgebaut werden . . ."

*

Vorstehendes sind Auszüge aus den Berichten einiger Genossen auf der Kontroll-Werbekonferenz. Sie zeigen, daß es im Unterbezirk Halle-Saalkreis noch Lücken gibt, die sofort durch intensive politische Schulung und Mobilisierung auch des letzten Parteigenossen ausgemerzt werden müssen.

Wie hat es Weißenfels gemacht?

Die Redaktion des „Klassenkampf" hat an den in der Werbearbeit an der Spitze stehenden Unterbezirk Weißenfels-Zeitz nachfolgendes Schreiben gerichtet. Die Antwort des Unterbezirkes wird veröffentlicht werden und muß von den Genossen des gesamten Bezirkes zur Ueberprüfung der bisher angewandten Werbemethoden ausgenutzt werden.

Halle, den 3. Dezember 1931.

An die Unterbezirksleitung Weißenfels-Zeitz

Werte Genossen! Aus der heute im „Klassenkampf" veröffentlichten Aufstellung über die Ergebnisse unserer Werbearbeit ist zu ersehen, daß Euer Unterbezirk auf dem Gebiet der allgemeinen Mitgliederwerbung das Novembersoll um 17,1 Prozent überschritten hat. Er steht somit an der Spitze. Auch auf dem Gebiet der Werbung von Betriebsarbeitern hält er mit 30,6 Prozent die Spitze. Die Genossen in den anderen Unterbezirken haben ein lebhaftes Interesse zu erfahren, mit welchen Methoden und Mitteln Ihr dieses Ergebnis erzielt habt. Sie haben den dringenden Wunsch, durch Anwendung besserer Werbemethoden bessere Ergebnisse zu erzielen. Wir bitten Euch deshalb, uns einmal mitzuteilen, wie Ihr bei der Werbearbeit vorgegangen seid. Wir bitten jedoch, nicht eine allgemeine Schilderung zu geben, sondern konkrete Beispiele über Vorstöße in bestimmten Betrieben anzuführen. Bitte schiebt die Erledigung unseres Schreibens nicht auf die lange Bank, denn es ist dringend notwendig, daß gerade auf dem Gebiet der Betriebswerbung in allen Unterbezirken ein energischer Ruck nach vorwärts gemacht wird. Ihr seid diejenigen, die auf Grund von praktischen Erfahrungen zeigen könnt, wie die Sache am besten angepackt werden muß.

Herausforderung angenommen!

In der Werbekontrollsitzung für den Unterbezirk Halle-Saalkreis schilderte ein Vertreter des Kommunistischen Jugendverbandes die Arbeit der Jugendgenossen und teilte ihren Beschluß mit, bis zum 1. Januar 1932 aus den Reihen des Jugendverbandes 35 Funktionäre an die Partei abzugeben. Als Antwort auf diesen Beschluß forderte der Jugendvertreter die anwesenden Parteifunktionäre auf, 35 Jungproleten für den Kommunistischen Jugendverband zu werben.

Die Herausforderung des Jugendverbandes wurde angenommen. Jedoch erklärten die Funktionäre, daß sie bei der Werbung von 35 Jugendgenossen nicht stehen bleiben wollen. Nicht 35, sondern 150 junge Kämpfer sollen bis zum 15. Januar in die Reihen des Jugendverbandes eingegliedert werden. Jeder Stadtteil von Halle und jedes Instrukteurgebiet des Saalkreises verpflichtet sich, je zehn Jugendgenossen zu werben. Letzte Meldungsfrist ist der 15. Januar anläßlich der Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Tage!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311203-10/fragment/page=0009

AUS DEM BEZIRK

Donnerstag, den 3. Dezember.

Sozialdemokratische Arbeiter

berichten über die Sowjetunion

in öffentlichen Versammlungen an folgenden Orten:

Donnerstag, 3. Dezember: Wildschütz, 20 Uhr.
Donnerstag, 3. Dezember: Crossen, 20 Uhr.
Freitag, 4. Dezember: Aue bei Zeitz, 20 Uhr.
Freitag, 4. Dezember: Webau, 20 Uhr.
Sonnabend, 5. Dezember: Rosberg, 20 Uhr.
Sonnabend, 5. Dezember: Kreischau, 20 Uhr.
Sonntag, 6. Dezember: Nebra, 20 Uhr.
Sonntag, 6. Dezember: Sora, 14 Uhr.
Sonntag, 6. Dezember: Nißma, 20 Uhr.
Montag, 7. Dezember: Weißenfels, 20 Uhr.
Dienstag, 8. Dezember: Naumburg, 20 Uhr.
Dienstag, 8. Dezember: Mannsdorf, 20 Uhr.
Mittwoch, 9. Dezember: Osterfeld, 20 Uhr.
Mittwoch, 9. Dezember: Göbitz, 20 Uhr.

Landarbeiter sind rechtlos

A.-K. Kauschütz. Der Alters- und Invalidenrentner Nickelisch hatte seinen früheren Arbeitgeber, den Domänenpächter Barthels in Krauschütz auf Zahlung von 500 M. verklagt. Nickelisch war von 1912 bis 1917 beim Vater des jetzigen Domänenpächters in Arbeit. 1917 mußte er krankheitshalber seine Arbeit aufgeben. 1919 trat er beim jetzigen Pächter wieder in Arbeit und im Jahre 1927 beantragte der jetzt 72 Jahre alte Mann Rente. Der Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, er hätte keine Marken geklebt. Seit 1927 kämpft der alte Mann jetzt vergeblich um seine Rente. Alle Klagen wurden abgewiesen, weil er angeblich bei seinem Arbeitsantritt 1919 seine Quittungskarte nicht abgegeben habe. Damals bestanden noch die Gutsbezirke und der Domänenpächter als Gutsvorstand war von sich aus verpflichtet, eine Quittungskarte auszustellen. Ohne Quittungskarte durfte er den Arbeiter gar nicht einstellen. Das Oberversicherungsamt denkt gar nicht daran, den Herrn Domänenpächter zur Rechenschaft zu ziehen, es lehnt einfach die Rentenansprüche Nicklisch ab. Jetzt ist auch die Klage auf Auszahlung von 500 M. als Entschädigung für die nichtgeklebten Versicherungsmarken abgelehnt worden.

Wir fordern das Oberversicherungsamt in aller Oeffentlichkeit auf, sich zu diesem skandalösen Fall zu äußern.

Heraus zur Volksdelegierten-Konferenz in Mansfeld

Die Schachtdelegierten-Konferenz vom 15. November hat angesichts des Massenelends im Mansfelder Land die gesamte werktätige Bevölkerung zu einer Volksdelegierten-Konferenz für 13. Dezember aufgerufen.

Täglich verschärft sich die Lage von neuem. Produktionseinschränkungen der Mansfeld-AG sind angekündigt. Massenentlassungen infolge neuer Rationalisierung drohen; neuer Lohnabbau zur Profitsicherung der Mansfeld-Aktionäre ist in Vorbereitung.

Die Schachtdelegierten-Konferenz richtet deshalb an alle Mansfelder Arbeiter den nachstehenden dringenden Appell:

Arbeiter und Arbeiterinnen der Mansfeld-AG!

Klassengenossen!

Die ständige Verschärfung der Wirtschaftskrise und die von Diktaturen drohende Kriegsgefahr veranlaßt die Bourgeoisie zu immer neuen und immer brutaleren Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen. Durch Lohnraub und Unterstützungsabbau, durch Notverordnungen und faschistischen Terror sollen der Arbeiterschaft und den werktätigen Massen die Lasten der Krise des kapitalistischen Ausbeutungssystems und der Kriegspolitik aufgebürdet werden.

Den Armen und Ausgebeuteten alles zu nehmen und den Reichen alles zu geben, das ist auch das Ziel der Hitler und Hugenberg. Rund 5 Milliarden Mark Lohn sind der deutschen Arbeiterklasse in 1½ Jahren, von 1930—1931, schon geraubt worden.

Allein den Mansfeld-Arbeitern wurden in einem Jahre 25 Prozent vom Lohn unter Durchbrechung ihrer Tarife abgezogen. Durch indirekten Lohnabbau, durch Herabsetzung der Akkordpreise und Prämien, durch Notverordnungen und Feierschichten steigt der Verlust des Einkommens der Mansfeld-Arbeiter noch ungeheurer.

Rund 45—50 Prozent weniger Lohn als 1929 erhält der Mansfeldkumpel heute.

Die Folge dieses Lohnraubs der Mansfeld-Aktionäre ist eine ungeheure Verelendung der Arbeiter und darüber hinaus der gesamten werktätigen Bevölkerung Mansfelds.

Wie in allen anderen kapitalistischen Betrieben und Industrierevieren erweisen sich auch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die gelben, christlichen, Nazi- und Stahlhelmführer in Mansfeld als Aerzte des Kapitalismus und als die getreuen Lohnraub-Organisatoren. Sie fordern von der Arbeiterschaft ein Opfer nach dem anderen für die Erhaltung des kapitalistischen Profits. Sie verhinderten durch ihren Stillegungsschwindel auch den Streik gegen den kürzlich beschlossenen zehnprozentigen Lohnabbau. Sie unterstützten und verbreiteten den Schwindel der Generaldirektion und Behörden von der angeblichen „notwendigen Stillegung" der Mansfeldbetriebe, während gleichzeitig die Mansfeld-AG trotz der „Notlage" und der „Schwierigkeiten" der „deutschen Finanzen" neue Millionensubventionen erhielt.

Die Schachtkonferenz stellt fest, daß eine dauernde Stillegung der Mansfeld-Betriebe aus wehrpolitischen und innerpolitischen Gründen nicht in Frage kommt, sondern daß nur eine Aussperrung beabsichtigt wurde, um den Widerstand der Mansfeld-Arbeiter gegen den Lohnabbau im Keime zu ersticken.

Der aktive Widerstand, der Streik, aber ist die einzige Rettung der Arbeiterschaft vor allen räuberischen Angriffen der Kapitalisten; die einzige Rettung vor dem Untergang der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes in Not und Elend. Während in Mansfeld in diesen Tagen der zehnprozentige Lohnabbau durchgeführt wird, haben die Berliner Metallarbeiter gleichzeitig den gegen sie geplanten Lohnraub erfolgreich abgewehrt. Während die Arbeiter der kriegswichtigen Mansfeld-Betriebe bei 10 Prozent Lohnabzug kampflos kapitulierten, haben die Berliner Metallarbeiter nach Bekanntwerden der Unternehmerpläne wach und entschlossen zum Widerstand gerüstet. Sie hatten keine Angst vor der Stillegung, sie machten ihre Betriebe und Belegschaften streikfertig.

In 126 Betrieben wurde die rote Einheitsfront hergestellt und vorbereitende Kampfausschüsse gewählt.

Die staatlichen Schlichter ließen es gar nicht erst zum Streik kommen, sie traten den Rückzug an und verzichteten diesmal auf den Lohnabbau.

Auch die Mansfeld-Arbeiter müssen die Einheitsfront aller Arbeiter in allen Betrieben und auf allen Stempelstellen ohne Unterschied des Parteibuches herstellen und ihre Betriebe streikfertig machen.

Nur durch die rote Einheit kann der Kampf gegen Lohnraub und Unterstützungsabbau und Notverordnungen siegreich geführt werden.

In roter Kampfeinheit wehrten die Braunschweiger Arbeiter die Angriffe der Nazimordstürme erfolgreich ab und führten ihren politischen Massenstreik gegen die Braunschweiger Nazi-Regierung geschlossen durch.

In ganz Deutschland ist die Herstellung der roten Einheitsfront gegen Lohnraub, Faschismus und Kriegsgefahr notwendig.

Darüber hinaus aber muß die geeinte Arbeiterschaft das Kampfbündnis mit den werktätigen, ausgebeuteten Mittelschichten herstellen. Die unteren Angestellten, die kleinen Handwerker und Geschäftsleute, die Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern müssen und werden unter der Führung und mit der aktiven Unterstützung der einigen Arbeiterklasse gegen ihre und unsere Ausbeuter und Unterdrücker kämpfen.

Die Schachtkonferenz ruft die Mansfelder Bevölkerung zu einer gemeinsamen Volksdelegierten-Konferenz auf. Wählt in allen Kameradschaften und Abteilungen Delegierte. Führt betriebliche Delegiertenkonferenzen durch und wählt in allen Betrieben vorbereitende Kampfausschüsse und Vertrauensleute, schafft in allen Orten rote Einheitsfront-Ausschüsse. Wählt Delegierte für die für den 13. Dezember geplante große Volksdelegierten-Konferenz des Mansfelder Landes.

Jede Betriebsbelegschaft muß weiter mehrere Betriebsdelegierte zu der in Halle stattfindenden Mitteldeutschen Betriebsrätekonferenz der Bergbauindustrie-Arbeiter schicken, damit weit über die Grenzen Mansfelds hinaus die kämpferische Einheitsfront aller Bergarbeiter gegen den Lohnraub geschaffen werden kann.

Die Schachtkonferenz ruft den gewerkschaftlich organisierten und unorganisierten Arbeitern, den sozialdemokratischen, nationalsozialistischen, den parteilosen und kommunistischen Arbeitern zu:

Schafft die rote Kampfeinheit gegen Faschismus, Notverordnungsdiktatur, Lohn- und Unterstützungsraub und Kriegsgefahr! Kämpft für ein freies sozialistisches Deutschland!

Vorstoß an allen Fronten

Kampf dem Faschismus

A.-K. Mücheln. In einer sehr gutbesuchten Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus in Möckerling sprach vor ca. 400 Personen der Kamerad Kees. Die Versammlung nahm folgende Entschließung an:

„Die heutige überfüllte Massenversammlung gegen den Faschismus erkennt die drohende Gefahr des Faschismus, der jetzt versucht, auch in die Gruben einzudringen. Die Faschisten treten ein für den Lohnabbau und helfen mit, die Werktätigen auszuplündern. Eine breite Einheitsfront muß deshalb gegen Faschismus und Lohnabbau geschaffen werden. Wir begrüßen die Bergbauindustriearbeiter-Konferenz, die mit dazu beitragen soll, dem Faschismus die Stirn zu bieten.

Die Versammelten entsenden zu der Konferenz zwei Delegierte."

Es wurden in der Versammlung mehrere Aufnahmen für den Kampfbund gemacht.

Vorstoß in Stahlhelmhochburg

A.-K. Mahitzschen. In einer öffentlichen Versammlung in Mehderitzsch, die auch von Gegnern, von Stahlhelmern und Nazis besucht war, sprach die Genossin Ida Voigt, Torgau, über die politische Lage. Sie verstand es, durch ihr Referat die Einwohner zu fesseln. In der Diskussion meldeten sich zwei unparteiische Arbeiter, die sich vollständig mit dem Referat einverstanden erklärten und die KPD als Führerin der Massen anzuerkennen. Sie forderten zum Eintritt in die Partei auf.

Es gelang dann, fünf neue Mitglieder zu werben und zwei frühere Mitglieder, die jetzt abseits gestanden hatten, zurückzuerobern. Es wurde außerdem ein ganz Teil Literatur verkauft.

Bei der Landagitation am vorigen Sonntag gelang es uns, noch zwei Neuaufnahmen für die Partei zu gewinnen und weitere Literatur zu vertreiben. Somit ist die Stahlhelm- und Nazi-Hochburg Mehderitzsch durchbrochen. Die Ortsgruppe Mahitzschen hat damit ihr Werbeself überstiegen. Wir werben uns aber nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen, sondern für die rote Einheitsfront weiterkämpfen.

Erwerbslose gegen die nationale Winterhilfe

A.-K. Naumburg. In Lengefeld bei Bad Kösen wurde eine Erwerbslosenversammlung durchgeführt. Sie zeigte, daß auch in Lengefeld die Erwerbslosen nicht länger im Kampf um das tägliche Brot abseits stehen wollen. Das Lokal war überfüllt. Als Referent war der Genosse Hein, Bad Kösen, gemeldet. Er durfte aber auf Grund eines Halsleidens nicht sprechen. An seiner Stelle sollte der Genosse Thate das Referat halten. Der Wachtmeister gestattete aber auf keinen Fall, daß ein anderer spricht, als der gemeldete Referent. Dadurch konnte der Genosse Thate erst in der Diskussion sprechen. Nach einer Diskussionsrede von mehr als einer Stunde wurde er vom Wachtmeister unterbrochen mit der Begründung, daß seine Ausführungen nicht in eine Erwerbslosenversammlung, sondern in eine politische Versammlung gehörten. Die anwesenden Proleten billigten aber voll und ganz die Ausführungen des Genossen Thate.

In der weiteren Diskussion meldete sich der Wachtmeister nochmals, aber jetzt mit der ausdrücklichen Erklärung, daß er außerhalb seines Dienstes als einfacher Lengefelder Bürger spreche. Er führte aus, es solle nicht so viel geredet werden, sondern man solle zum Handeln übergehen, indem drei bis vier Mann sich auf die Socken machen und zum Sammeln gehen. Er selbst sei bereit, mitzugehen und garantiere, daß er einen ganzen Wagen zusammen bekäme.

Die Proleten lehnten diese gutgemeinten Ratschläge ab, da sie wissen, daß heute genau so wie die Erwerbslosen auch die Kleinbauern und Mittelständler verelenden und nichts zu versichern haben. Nicht nationale Selbsthilfe, sondern rote Selbsthilfe ist die Parole. Nicht betteln, sondern kämpfen. Aus dieser Erkenntnis heraus wählten die Erwerbslosen einen Erwerbslosenausschuß von sechs Mann.

Sozialdemokratischer Arbeiter berichtet über die Sowjetunion

A.-K. Trebnitz (Kreis Weißenfels). Die Berichterstatterversammlung war ein voller Erfolg für den Kommunismus. Hatte auch die SPD am Orte unter Führung Werners in ihrem Schwindelboten gegen die Versammlung gehetzt, so konnte man doch feststellen, daß die SPD-Arbeiter an der Wahrheit interessiert sind und trotz der Sabotage durch die Bonzen die Versammlung besuchten. Das erste Referat hielt der Genosse Walther. Er brandmarkte in seinen Ausführungen die Verdrehungen von Bergholz, der in einer SPD-Versammlung am Sonnabend versucht hatte, gegen die Kommunistische Partei Stimmung zu machen, um die sich anbahnende Einheitsfront zu verhindern. Aber die Arbeiterschaft wird sich zusammenfinden, ohne Bergholz und im schärfsten Kampf gegen ihn.

Nach den Ausführungen des Genossen Walther kam der SPD-Arbeiter Emil Görmer zum Wort, der klar und einfach über seine Erlebnisse in der Sowjetunion berichtete. Hier mußte die SPD-Arbeiterschaft die Feststellung machen, daß sie vom „Volksboten" belogen und betrogen wurde. Der Genosse Görmer zeigte, daß das russische Proletariat sich freigemacht hat und daß es wirklich den Sozialismus aufbaut. Von der gemeinen Rußlandhetze der Sozialdemokratie blieb nichts übrig.

In seinem Schlußwort appellierte der Genosse Walther an die Arbeiterschaft von Trebnitz, sich endlich freizumachen von den politischen Bankrotteuren von der Sorte Bergholz, und die rote Einheitsfront aller Arbeiter herzustellen, die erst die Voraussetzung schafft zum Sieg der deutschen Arbeiterklasse.

Kommunisten beherrschen Naziversammlung

A.-K. Wansleben. Hier sollte eine öffentliche Versammlung der NSDAP stattfinden. Wenige Stunden vorher wurde sie verboten, da angeblich die Nazis ihre öffentliche Versammlung für denselben Tag früher angemeldet hätten. Die Polizei hat das merkwürdigerweise erst acht Stunden vorher gemerkt.

In der Naziversammlung waren zu 90 Prozent Kommunisten. Von den Bauern, die man mit dem Thema: „Bauer in Not, wer hilft dir?" anlocken wollte, waren nur zwei Mann erschienen. Wer glaubte, einen Ausweg von den Nazis zu hören, der hat sich schwer getäuscht. Die Anwesenden langweilten sich und sogar die sonst so wachsame SA war am Einschlafen. Vor der Diskussion gab der Versammlungsleiter bekannt, daß nur „einwandfreie" Leute diskutieren dürfen.

Als erster sprach in der Diskussion der ehemalige SPD-Arbeiter Reinheimer. Er machte klar, was der Nationalsozialismus zu bedeuten hat und sprach kurz über seine Eindrücke in der Sowjetunion. Als zweiter sprach der ehemalige SA-Führer Kaltein, der dem Naziredner Dinge erzählte, die ihm nicht angenehm waren. Es wurde ihm das Wort entzogen, trotzdem sprach er weiter. Schließlich wollte die Polizei eingreifen. Der Genosse Kaltein rief: „Wenn wir keine Diskussion haben, wie sie sein muß, dann verlassen wir den Saal". Alles erhob sich wie ein Mann und nur ein Bäckerbutzend blieb sitzen. Die Polizei bekam keine Arbeit. Die Arbeiter von Wansleben haben den Nazis gezeigt, daß sie sich nicht einseifen lassen.

Verstärkt den Literaturvertrieb!

Ein großer Teil Ortsgruppen und Zellen hat im Monat November das ihnen gestellte Zahlungssoll für Massenbroschüren und Literatur nicht erfüllt oder überhaupt keine Abrechnung vorgenommen.

Dies ist eine unverantwortliche Nachlässigkeit der Ortsgruppen und Zellenleitungen. **Alle verantwortlichen Leitungen sind verpflichtet, in der Woche vom 30. November bis 5. Dezember sofort Literaturkontrollen durchzuführen und alle vorhandenen Gelder an die Bezirkskassstelle abzurechnen.**

BL Halle-Merseburg.

Delitzsch-Torgau

Frauen, aufgepaßt!

A.-K. Elsterwerda. Hier wurde eine Frauengruppe der RGOPW ins Leben gerufen, und zwar haben sich dazu 18 Frauen und Mädchen gefunden. Wenn man so etwas hört, muß man staunen, was die Brüder vom Dritten Reich alles schaffen. In diesem Fall müßte die werktätigen Frauen und Mädchen aufrütteln. Man müßte sie auch von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses überzeugen. Man muß offen sagen, daß gerade hier in der Frauenbewegung eine unbeschreibliche Gleichgültigkeit herrscht.

Wir fragen euch, Klassengenossinnen, wollt ihr weiter so abseits stehen? Das darf nicht so weitergehen. Seht euch eure Genossinnen an, wie sie sich organisieren. Darum laßt euch nicht merken, daß ihr in Massen zur roten Klassenfront. Ihr spürt die Not am eigenen Leibe.

Schafft ein Ortskomitee werktätiger Frauen und nehmt mit den Klassengenossen gemeinsam den Kampf auf unter Führung der Kommunistischen Partei!

Mansfeld-Sangerhausen

Nazis greifen Kommunisten an — Kommunisten werden angeklagt

Die Rechtsschutzkommission der Roten Hilfe berichtet:

19 Sangerhauser Arbeiter sind angeklagt wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und ähnlichem. Am 26. Juli war hier rummel in Sangerhausen. Große Schlägerei zwischen Nazis und Kommunisten. Es wurden Steine geworfen und Verletzungen durch anderen Gegenständen beigebracht.

Der Untersuchungsrichter kann nicht feststellen, wer angefangen hat, zu werfen. Aber er stellt einwandfrei fest, daß die Nazis Steinen geworfen und mit Autofarbeln und Ledergürteln geschlagen haben. Nur gegen Kommunisten wird die Anklage erhoben. **Nazis sollen sogar als Zeugen vernommen werden.**

Die 19 angeklagten Arbeiter haben jetzt einen Brief an die Staatsanwaltschaft in Nordhausen gerichtet, in dem sie den Staatsanwalt ablehnen. Sie weisen darauf hin, daß die Nazi-Kapitalisten die Angreifer waren und im geschlossenen Trupp gegen seine Arbeiter vorgegangen sind. Sie protestieren dagegen, daß Nationalsozialisten, die selbst auf die Anklagebank gehören, als Zeugen auftreten sollen. Sie beschuldigen den Staatsanwalt einseitigen Anklageerhebung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019311203-10/fragment/page=0010